Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Für's Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 7. Donnerstag den 16. Januar 1908. 36. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Puttkammer vor dem Reichsdisziplinarhof.

Im Sitzungssaale V des Leipziger Reichsgerichtsgebäudes trat Montag der Reichsdisziplinarhof zusammen, um über die Berufung zu verhandeln, welche der frühere Gouverneur von Kamerun Jesko v. Puttkamer gegen das Urteil der Kaiserlichen Disziplinarkammer in Potsdam eingelegt hat, nach welchem er wegen verschiedener ihm zur Last gelegten Verstöße gegen die Pflichten eines kaiserlichen Gouverneurs am 25. April v. J. zu einem Verweis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Die Verteidigung hat wie im ersten Prozeß Justizrat Dr. Sello-Berlin übernommen.

Das Hauptinteresse beim Zeugenaufruf wendet sich der vielgenannten „Cousine" Maria Ecke, jetzigen Frau v. Germar zu, einer blonden üppigen Dame, deren etwas blasses Gesicht ein Schleier verhüllt. Sie trägt einen großen Glockenhut mit kostbaren Federn und Bändern und einen prachtvollen rotbraunen Pelz. Der Referent Reichsgerichtsrat Stöckel erörtert zunächst die Frage der Paßfälschung. Er trägt zunächst die Tatsachen vor, die sich auf

Frau v. Germar

beziehen. Frau v. Germar ist 1873 zu Quedlinburg als die Tochter eines Gärtners geboren worden und Mitte der 90er Jahre aus Hannover nach Berlin gekommen. Den Angeklagten von Puttkamer hat sie in der Englischen Bar in Berlin kennen gelernt. Ob sie sich ihm gegenüber Freiin v. Eckardstein oder Freiin v. Eckardt oder v. Eckardt genannt hat, ist nicht festgestellt. Mehrere Offiziere, deren Zeugenaussagen verlesen werden, haben mit Puttkamer und der Ecke in erstklassigen Berliner Lokalen, u. a. bei Hiller, verkehrt und die Ecke ebenfalls für adlig gehalten. Sie habe ein bescheidenes, zurückhaltendes Wesen und vornehme Umgangsformen gehabt, so daß man sie wohl als eine Freiin habe ansehen können. Die Schauspielerin Margarete Höchner habe die Ecke in der Wohnung des Angeklagten kennen gelernt. Auch auf sie hat die Ecke anfangs einen netten und angenehmen Eindruck gemacht. Später hat die Zeugin die Ecke nicht mehr für ganz normal gehalten. Ehe sie nach Afrika gegangen sei, habe sie einen guten Eindruck gemacht, von dort aber sei sie als eine lügenhafte Person zurückgekehrt. Wie sich aus den Akten ihres Ehescheidungsprozesses mit Herrn v. Germar ergibt, hat Fräulein Ecke nicht nur in Berlin, sondern auch in Paris, London, Ostende und Monte Carlo gelebt, kurz an allen Sammelpunkten der vornehmen Welt. Sie habe stets eine sehr üppige Lebensweise geführt. Es ist ihr immer gelungen, in den Besitz von Geld zu gelangen. Die gerichtlichen Strafen der Ecke sind aus den früheren Verhandlungen her bekannt. Die Aktengegen die Ecke sind bei dem Berliner Landgericht auf 68 Bände angeschwollen. Im Jahre 1905 hat die Ecke einen Herrn v. Germar geheiratet. Der Eheschluß ist in London vollzogen worden, jedoch haben die Vermählten nur noch die Hochzeitsreise zusammengemacht. Bereits im Januar 1906 hat Frau v. Germar die Ehescheidungsklage wegen Ehebruchs eingereicht.

Hierauf wird in die persönliche

Vernehmung des Herrn v. Puttkamer

eingetreten. Er gibt an, am 2. Juli 1855 in Berlin geboren zu sein. Er hat das Wilhelms-Gymnasium in Berlin besucht und beim 15. Ulanenregiment in Straßburg gedient. — Vors.: Geben Sie zu, den Paß auf den Namen Freiin v. Eckardstein oder v. Eckardt ausgestellt zu haben. Der gute Glaube wird Ihnen ja nicht bestritten. Nur wird von der Anklage angenommen, daß es ein unverzeihlicher Leichtsinn war, wenn Sie der Dame einen Paß ausstellten, ohne genaue Erkundigungen einzuziehen, ob Ihre Annahme, daß es eine Freifrau von Eckardstein sei, richtig wäre. — Angekl.: Ich kann darauf nur erklären, daß ich die betreffende Dame in Berlin als Freiin v. Eckardstein kennen gelernt habe. Auch meine Kameraden haben sie für eine Freiin gehalten. Als sie aus Kamerun weg mußte, um einen Skandal zu vermeiden, hatte ich den begreiflichen Wunsch, daß sie möglichst bald wegginge. Sie schrie aber und weinte und sagte, sie müsse einen Paß haben. Da war ich nun in der schwierigen Lage, ob ich sie ohne jedes Legitimationspapier in die Welt hinausschicken sollte, oder ihr einen Paß ausstellen sollte, um sie los zu werden. — J.-R. Sello. Die Tatsache, daß das damalige Fräulein Ecke unter dem Namen Eckardt polizeilich gemeldet war, wußte Herr v. Puttkamer gar nicht. — v. Puttkamer: Ich kann das nur bestätigen, ich habe selbst die Dame nicht polizeilich angemeldet, das hat sie selbst getan. — Vors.: In der Köthenerstraße hatten Sie doch aber eine gemeinsame Wohnung? — v. Puttkamer: Ja, aber die Anmeldung besorgte sie selbst. — Vors.: Sie sollen an die jetzige Frau v Germar, während das Vorverfahren gegen Sie schwebe, sich gewendet haben. — v. Puttkamer: Das geschah nicht nur meinetwegen, sondern auch im Interesse des Rechts. Ich war bemüht, volle Klarheit zu schaffen. Ich hatte ja nachgerade auch die Verlogenheit der Dame kennen gelernt. Zu diesem Zwecke drang ich in sie, mir schriftlich zu bestätigen, daß ich sie unter dem Namen Freiin v. Eckardstein kennen gelernt habe. Ich habe dies für kein unrechtsmäßiges Eingreifen gehalten. — Hierauf wird

Frau v. Germar als Zeugin

aufgerufen. — Präs.: Sie haben Herrn von Puttkamer zunächst bis zu den Kanarischen Inseln begleitet und sind ihm dann nach Kamerun nachgekommen. Hat Herr v. Puttkamer niemals Ihren wahren Namen gekannt? — Zeugin: Ich glaube, daß er annahm, daß ich Eckardt hieße. — Präs.: Kurz vor der Verhandlung in Potsdam hat Herr v. Puttkamer an Sie einen Brief geschrieben, um Sie zu veranlassen, die Wahrheit zu sagen? — Zeugin: Jawohl, er hat mir einen Brief geschrieben, in dem er mich aufforderte, zuzugeben, daß er mich nur unter dem Namen Freiin v. Eckardtstein gekannt habe. — Präs.: War das richtig? — Zeugin: Nein, es war nicht richtig, aber ich habe es so niedergeschrieben, weil Herr v. Puttkamer es mir so diktierte. — Vors.: Am 4. Mai erschien dann in einer Korrespondenz ein Artikel, in dem behauptet wird, Herr v. Puttkamer habe sich das ausgedacht, daß sie seine „Cousine" seien. — Zeugin: Das hat er auch getan. Er hat sich nicht nur meine Cousinenqualität, sondern auch meinen adligen Namen ausgedacht, um mich in die Gesellschaft einführen zu können. Die weitere Vernehmung ergab nichts Neues. Darauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung

wurde in die Verhandlung über den dritten dem Angeklagten v. Puttkamer zur Last gelegten Fall wegen des Vergehens gegen das Dienstgesetz verhandelt. Es handelte sich dabei um eine Rechtsbeugung zu Gunsten der Westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft ‚Viktoria'. Diese hatte mit einem Eingeborenendorf verhandelt, daß das Dorf verlegt werden sollte, um für die Pflanzungsgesellschaft freie Bahn zu schaffen. Die Eingeborenen (Baschkiri) verweigerten jedoch späterhin den Auszug aus dem Dorf dem Vertreter der Gesellschaft gegenüber, einem gewissen Herrn Santorowitz. Dieser sollte auch gedroht haben, er werde das Dorf gewaltsam räumen lassen. Nach den Aussagen eines Eingeborenen sollte er sogar erklärt haben, er würde die Hütten mit Petroleum übergießen und dann anstecken. Daraufhin wurde Santorowitz von dem damals soeben nach Kamerun gekommenen Bezirksrichter Lemmermann in eine Untersuchung gezogen. In diese Untersuchung griff dann Herr v. Puttkamer mit einem Schreiben ein, in welchem er erklärte, jedes etwa eingeleitete Verfahren gegen Herrn Santorowitz sei einzustellen. Nach Verlesung der protokollarischen Aussagen, die teils zu Gunsten Puttkamers, teils gegen ihn lauten, wird der Angeschuldigte Herr v. Puttkamer, eingehend über seine Stellung als Gouverneur zur „Viktoriagesellschaft" vernommen. Er bekundet, er habe diese wie jede jede andere Gesellschaft behandelt und sich verpflichtet gefühlt, die Erwerbsgesellschaften, die in der Kolonie Geld anlegen, zu fördern. Die Eingeborenen seien durch die Missionare in ihrem Widerstande gegen die Weißen bestärkt, hieraus sind dem Gouverneur viele Schwierigkeiten entstanden. Der Kolonialfiskus habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß dem Neger nur das Land gehöre, was er bebaue. Das andere Land haben die Gesellschaften zur Kolonisierung gekauft und das übrige seien sogenannte Reservate. Lemmermann sei ein kluger, pflichteifriger Richter gewesen, aber er habe alles nur vom Standpunkt des deutschen Strafrechts behandelt. Wenn die Rechtsprechung so fortgeschritten wäre, dann würde sehr bald von einer Autorität der Regierung keine Rede mehr gewesen sein und man hätte vor einem Aufstande gestanden, da habe er sich verpflichtet gefühlt, Lemmermann den Standpunkt klar zu machen. — Vors.: Sie haben aber in Ihrem Briefe Ausdrücke gebraucht, die dahin zu verstehen sind, daß Sie seine Urteilssprechung beeinflussen wollen. — Herr v. Puttkamer: Ich bin mir bewußt, daß mir eine Einwirkung in diesen speziellen Fällen durchaus fern lag. Damit schließt die Beweisaufnahme.

Nach dem Plaidoyers des Vertreters der Anklage und des Verteidigers fällte der Gerichtshof folgendes

Urteil:

Auf Grund der heutigen Verhandlung tritt der Disziplinarhof der Disziplinarkammer bezüglich der Entscheidung zum ersten Punkte der erhobenen Beschuldigung darin bei, daß, wenn der Angeklagte auch im guten Glauben handelte, als er der Frau v. Germar einen auf den Namen Freifrau von Eckardstein lautenden Paß ausstellte, er sich doch eines Dienstvergehens schuldig machte, insofern, als er leichtsinnig handelte. Der Angeschuldigte kannte sie in ihrer Eigenschaft als Prostituierte und mußte darum besonders vorsichtig sein und vor Ausstellung des Passes genaue Feststellungen über ihre Person machen. Auch im zweiten Punkte, betreffend Einwirkung auf die Rechtspflege, ist der Gerichtshof der Disziplinarkammer beigetreten. Auch in dem dritten Punkte, betreffend die versuchte Beeinflussung der Zeugin v. Germar im gegenwärtigen Verfahren. Hat sonach der Disziplinarhof keinen Anlaß gehabt, die Feststellung des ersten Richters nicht abzuändern, so ist er ihm doch bei der Strafabmessung insofern nicht gefolgt, als er die Verfehlungen wesentlich milder angesehen hat. Es ist von einer Geldstrafe Abstand genommen und nur auf einen Verweis erkannt worden. Dem Angeschuldigten ist auch nur die Hälfte der Kosten auferlegt worden. Der Gouverneur a. D. v. Puttkamer nahm das Urteil mit einer höflichen Verbeugung entgegen und verließ mit seinem Verteidiger, Justizrat Dr. Sello, den Saal.

Szene von der Berliner Wahlrechtsdemonstration.



Leopolds Scherze.

Der „König der Belgier" ist, wie die Sportsleute sagen, eine „Klasse für sich". Aber allen seinen bisherigen Leistungen setzt er doch durch die jetzige „Uebergabe" seines Kongostaates an Belgien die Krone auf. Da man weiß, daß Leopold vor allem ein äußerst tüchtiger Geschäftsmann ist, traute die belgische Kammer dem Landfrieden nicht und setzte einen „Prüfungsausschuß für das Uebernahmegesetz" ein, der eine Reihe von Fragen aufstellte, um Klarheit über die Sachlage zu erlangen. Jetzt ist nun die „Beantwortung" dieser Fragen erfolgt. Aber wie!

Man hatte Auskunft über die bisherigen Einnahmen und Ausgaben des Kongostaates erbeten, die 14 Jahre lang geheim gehalten worden sind. Antwort: Belgien hat sich nicht in die Angelegenheiten der Verwaltung des freien Kongostaates einzumischen. Man hatte Aufschluß über die von Leopold vergebenen ungeheuren Monopole, d. h. Karten der betr. Bezirke verlangt. Antwort: Ablehnung. Weiter ist den im Kongostaat errichteten Gesellschaften ein besonderes vom belgischen Recht abweichendes „Kongo-Recht" zugestanden, und der König behält sich trotz der angeblichen „Schenkung" das „persönliche Eigentumsrecht" auf die „Krondomäne" vor, die zehnmal so groß wie Belgien ist, ein Drittel der gesamten Kautschukerzeugung umfaßt, im Jahre 1906 6,3 Millionen Franken Reingewinn gebracht hat und jetzt eben zu den 18 Millionen werten Grundstücken, die sie in Belgien schon besitzt, noch weitere für 12 Millionen erworben hat. Aus den Erträgnissen der Krondomäne sollen in Brüssel ganze Stadtviertel, in Ostende ein Museum und eine Riesenhalle für Landwirtschaftsausstellungen, sowie viele andere großartige Bauten errichtet, auch eine Kriegsflotte geschaffen werden. König Leopold will offenbar in erster Linie nicht nur sein Vermögen, sondern auch seine persönlichen Renten vermehren, während der vom Lande Belgien „übernommene" Kongostaat nur mit einer ausgequetschten Zitrone zu vergleichen sein wird.

Vom Stössel-Prozess.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen berichtet Oberst Gandurin sehr ausführlich über den Fall der Befestigung 3 und des Forts 3. Dabei mußte wiederum festgestellt werden, daß die Generäle Stössel und Fock entgegen dem vorher erteilten ausdrücklichen Befehl des Generals Smirnow die Anordnung getroffen hatten, auch schon gleich die chinesische Mauer zu räumen, um die Festung den Japanern so schnell wie möglich zu übergeben. Das Fort und seine Befestigung befanden sich nach den Aussagen des Oberst Gandurin in völlig hilflosem Zustande; sie hielten sich nur durch den Heldenmut der Soldaten. Die Befestigung 3 fiel durch Sprengung. Die 320 Mann starke Garnison, erzählt Gandurin, flog bis auf den letzten Mann in die Luft, nur 112 Mann kamen nicht ums Leben; diese waren derart in den Blindagen verschüttet, daß sie nicht heraus konnten. Zufällig war dort das Telephon heil geblieben; die 112 Mann erbaten telephonisch die Erlaubnis, sich zu ergeben, da sie keine Munition besäßen. Der ganze Minenkrieg gegen Port Arthur mußte zu unserem Schaden ausfallen. Wir hatten zu wenig Sappeure und Sachverständige. Die Japaner führten ihre Minierarbeit mit großem Geschick aus; sie saßen so tief in der Erde, daß unsere Geschütze ihnen nicht viel anhaben konnten, zumal sie vielfach beschädigt waren. Oberst Gandurin kämpfte im Fort 3 bis zum letzten Augenblick; schließlich blieb er, von 5 Kugeln getroffen, schwer verwundet liegen.

General Mechmandarow belastet den General Fock durch seine Aussagen schwer, indem er behauptet, daß nicht ein Finger breit von der chinesischen Mauer von den Japanern genommen, sondern von Fock ohne Kampf geräumt worden sei. Mechmandarow gibt zu, daß die Lage schwierig gewesen sei, behauptet aber, die Verteidigung sei noch sehr wohl möglich gewesen. — Oberst Stepanow behauptet, daß General Mechmandarow sich irre: die chinesische Mauer sei erst nach einem schweren Kampfe mit den Japanern geräumt worden. Der Oberst schildert die Lage der Festung in den allerschwärzesten Farben. Es seien weder Geschütze noch Geschosse, noch Proviant mehr vorhanden gewesen und die Garnison von 50 000 Mann auf 10 000 Mann gesunken. Unter solchen Umständen sei jede weitere Verteidigung zwecklos gewesen. — General Gobatowski klärt diesen scheinbaren Widerspruch dadurch auf, daß er ausführt, die Verteidigung der chinesischen Mauer habe vom Besitz des sogenannten „Felsigen Grat" abgehangen, der von den Japanern im Kampfe genommen worden sei, worauf dann die Räumung der chinesischen Mauer erfolgte.

Deutschland.

— **Der Kaiser** hat auf das von der Brandenburgischen Gruppe abgesandte Huldigungstelegramm am Sonntag folgende Antwort gesandt:

Den Vertretern der Provinzialgruppe Berlin-Mark Brandenburg des Deutschen Flottenvereins danke ich herzlich für den freundlichen Huldigungsgruß. Die darin zum Ausdruck gebrachte Gesinnung hat meine volle Billigung. Ich freue mich, daß ich auch auf diesem Gebiete mich mit meinen Märkern in Einklang befinde, und hoffe, daß der Deutsche Flottenverein, wenn er diesen Grundsätzen treu bleibt, auch in Zukunft Ersprießliches für die Entwickelung der deutschen Flotte leisten wird.

Wilhelm.

— **Die Finanzminister der Einzelstaaten** werden in den nächsten Tagen in Berlin zusammenkommen, um an den Beratungen der Bundesratsausschüsse über die neuen dem Reichstage zu unterbreitenden Steuer-Vorlagen teilzunehmen. Bis jetzt hat in den Bundesratsausschüssen nur eine Vorbesprechung stattgefunden.

— **Die freisinnigen Fraktionen** und die Erklärung Bülows. Die linksliberalen Fraktionsgemeinschaften des Reichstags und des preußischen Landtags haben in eingehender Beratung über die durch die Erklärung der preußischen Regierung zur Wahlrechtsfrage geschaffene politische Lage verhandelt. Die Fraktionen erachten einmütig diese Erklärung als eine völlig unzureichende Antwort auf die Forderung einer baldigen und gründlichen Reform des unhaltbaren und ungerechten Klassenwahlsystems und der veralteten Wahlkreiseinteilung, und dies um so mehr, als diese Erklärung in Widerspruch steht zu der vom Reichskanzler Fürsten Bülow wiederholt ausgesprochenen Auffassung, daß den liberalen Anschauungen mehr Geltung als bisher im Staatsleben eingeräumt werden muß. Die freisinnigen Fraktionen des preußischen Abgeordnetenhauses haben beschlossen, nachdrücklich für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen zu wirken und einen Ausschuß zur planmäßigen und einheitlichen Bekämpfung des bestehenden preußischen Wahlrechts einzusetzen.

— **(Das Majestätsbeleidigungs-Gesetz.)** Der Bericht der Kommission für den Gesetzentwurf über die Bestrafung der Majestätsbeleidigung ist jetzt erschienen. Eine Umgestaltung haben die folgenden beiden Absätze der Vorlage erhalten:

Die Beleidigung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99, 101 strafbar, wenn sie böswillig und mit Vorbedacht begangen wird. — Die Verfolgung tritt, sofern die Beleidigung nicht öffentlich begangen ist, nur mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung ein; für den Bereich der Militärstrafgerichtsbarkeit ist nur in Friedenszeiten die Genehmigung erforderlich, und steht deren Erteilung der Militärjustizverwaltung zu.

Sie lauten nach der Kommissionsfassung wie folgt: „Die Beleidigung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99, 101 strafbar, wenn sie in der Absicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Ueberlegung begangen wird. Sind in den Fällen der §§ 95, 67, 99 mildernde Umstände vorhanden, so kann die Gefängnisstrafe oder die Festungshaft bis auf eine Woche ermäßigt werden. — Im Falle des § 95 kann neben der Gefängnisstrafe auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter erkannt werden.

— **Der Kommissionsbericht** über die Ostmarkenvorlage ist jetzt erschienen. Der Regierung werden zu Ansiedlungszwecken statt 300 nur 200 Millionen Mark bewilligt, von denen 75 Millionen zur Regulierung bäuerlicher Güter zu verwenden sind. Die Zusammensetzung der Kommission, der die Ausführung des Gesetzes zu übertragen ist, wird so geregelt, daß ihr zwei Mitglieder angehören sollen, von denen je eins auf Grund einer mindestens drei Personen enthaltenden Vorschlagsliste der Landwirtschaftskammern für die Provinzen Posen und Westpreußen ernannt wird. Die Kreise, für die das Enteignungsrecht gelten soll, sind in dem Entwurf der Kommission nicht genannt. Zu der Frage der Ausdehnung der Enteignung wird betont, daß der alte Familienbesitz nach Möglichkeit geschont werden soll. Daß die Regierung nicht beabsichtige, ganze Bezirke deutsch zu machen, gehe schon daraus hervor, daß sie nach wiederholten Erklärungen den überall vorhandenen Kleinbesitz nicht enteignen wolle. Die Regierung werde zufrieden sein, wenn es gelinge, in jenen Bezirken der deutschen Bevölkerung ein Uebergewicht zu verschaffen.

— **Die drohende Verteuerung des Fernsprechers** wurde in der Konferenz, die im Reichspostamt stattfand, mit nur schwacher Mehrheit bis auf kleine Aenderungen des Tarifs angenommen. Die Vertreter von Handel und Industrie, zumal diejenigen von Berlin, waren einhellig dagegen. Einen besonderen Eindruck riefen ihre Ausführungen jedoch ersichtlich nicht hervor. Tags vorher hatte in Berlin der „Zentralausschuß kaufmännischer und gewerblicher Vereine" eine Sitzung, die als einzigen Punkt der Tagesordnung die Verteuerung der Fernsprechgebühren behandelte. Die Stimmung in dieser fachlichen Versammlung war eine sehr erregte. Die Einberufung von Massen-Protestversammlungen wurde in Aussicht gestellt. Etwas von der Erregung dieser Versammlung zitterte in der Rede der Berliner Vertreter des Kaufmannstandes vor der Konferenz im Reichspostamt nach. Die Regierung blieb jedoch gegenüber den beweglichen Vorstellungen kühl bis ans Herz hinan. Die früher gefaßte Resolution des Reichstags, das Fernsprechnetz auf dem flachen Lande auszubauen und die Mittel durch gerechtere Verteilung der Gebühren in den Großstädten aufzubringen — wirkte bestimmend auf die Haltung des Reichspostamts.

Im übrigen scheint man in den deutschen Handelskreisen nicht ohne weiteres gewillt, auf die harte Nuß zu beißen. Die Kölner Handelskammer hat bereits beschlossen, gegen die geplante Aenderung des Fernsprechtarifes einen Protest an den Reichskanzler zu richten. Ferner hat die Handelskammer beschlossen, das Reichspostamt aufzufordern, vor einer endgültigen Beschlußfassung über den Entwurf sämtliche deutsche Handelskammern und den Handelstag zu hören.

— **(Herrn Laurs Memorandum.)** Der französische Deputierte Francis Laur hat bekanntlich der Frankfurter Zeitung mitgeteilt, „man" habe Seiner Majestät dem Kaiser während des Aufenthaltes in Highcliffe ein Memorandum zur Lösung der „elsaß-lothringischen Frage" vorgelegt. „In dieser Frage", so schreibt die Norddeutsche hochoffiziös, „ist die Behauptung falsch. Wahrheitsgemäß müßte es heißen, daß Herr Francis Laur selbst eine umfangreiche Ausarbeitung über Elsaß-Lothringen an die Adresse seiner Majestät nach Highcliffe geschickt hat. Der Sendung des Herrn Laur konnte aber keine Beachtung geschenkt werden."

— **(Kein Vergleich.)** Entgegen der Meldung, daß in dem Prozeß Peters gegen die Kölnische Zeitung die Vertreter der Kölnischen Zeitung mit Vergleichsanträgen an die klägerische Partei herangetreten seien, erklärt die Kölnische Zeitung diese Behauptung für in vollem Umfange unzutreffend. Die von der klägerischen Seite eingeleiteten Verhandlungen hätten zu keinem Ergebnis geführt. Ein Vergleich sei nicht zu erwarten.

Ausland.

Frankreich.

— **(General Drudes Rechfertigung.)** Wie aus Paris gemeldet wird, erklärte Ministerpräsident Clemenceau, daß er von seiner Unterredung mit dem aus Marokko zurückgekehrten General Drude einen ausgezeichneten Eindruck empfangen habe. General Drude hat dem Ministerpräsidenten dargelegt, daß die amtliche Depesche, in der er angewiesen wurde, nicht vor der Ankunft des Generals d'Amade vorzugehen, ihm fünf Tage nach seiner Expedition und nach der Besetzung der Kasbah der Mediunas zugegangen ist; er fügte übrigens hinzu, daß er, auch wenn er die amtliche Depesche zur rechten Zeit erhalten hätte, doch in Anbetracht der ausnahmsweise günstigen Umstände die Kasbah besetzt haben würde.

Amerika.

— **(Die amerikanische Musterflotte.)** Die Reise der großen amerikanischen Flotte unter Admiral Evans hat einen unrühmlichen Anfang genommen. In Pernambuco in Brasilien, wo die Flotte landete, meuterten, nach Berichten englischer Blätter, viele Matrosen während des Urlaubs an Land. Eine große Anzahl ist sofort desertiert. Bei der Musterung vor der Abfahrt fehlten im ganzen mehr als hundert Mann. Diejenigen, die nicht desertiert waren, veranstalteten einen großen Aufruhr in den Straßen der brasilianischen Stadt. Die amerikanischen Matrosen drangen in die Häuser ein, beleidigten die Frauen und verprügelten viele Männer. Viele Geschäftsläden wurden von den Matrosen ausgeplündert. Zweihundert amerikanische Matrosen gerieten in einen Kampf mit der brasilianischen Polizei. Am Montag ist die Flotte, wie gemeldet, in Rio de Janeiro angekommen. Die brasilianischen Behörden haben Admiral Evans von vornherein ersucht, entweder keinen Urlaub zu gewähren, oder sofort Marinesoldaten zu landen, um die eigenen Matrosen zu überwachen. Die brasilianische Presse drückt ihre Empörung über die Exzesse der amerikanischen Matrosen aus.

Westfalen u. Rheinland.

Handel und Industrie.

—* **Kamen,** 16. Jan. **(Vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt.)** Die Markttage weist Anzeichen einer gewissen Belebung auf, insbesondere da der Handel sich zu den sehr billigen Preisen in Flußstabeisen in beträchtlichem Maße gedeckt hat. Auch zur Ausfuhr sind mit allerdings sehr unzulänglichen Sätzen größere Mengen verkauft worden, und die Werke infolgedessen für weiter hinaus nicht mehr so nachgiebig. Eine gewisse Wirkung wird auch auf den Weltmarkt die scharfe Einschränkung der Erzeugung in Amerika ausüben, die die dortige monatliche Roheisenerzeugung ungefähr auf das Maß der deutschen zurückgebracht hat, während sie vor kurzem noch das Doppelte betrug. Auch in England hat man in den meisten Bezirken eine ganze Reihe von Hochöfen ausgeblasen, insonderheit, um ein Druckmittel gegen die weiter steigenden Kohlenpreise zu haben. Im übrigen bleibt die Lage aber recht schwierig; die Rohstoffpreise sind gegenüber denen der fertigen Ware fortgesetzt zu hoch, und wenn auch eine allgemeine Ermäßigung der Kohlenpreise wegen ihrer sonstigen Rückwirkung nicht angezeigt ist, so könnte doch der Eisenindustrie durch Erleichterung der Ausfuhr eine sehr wirksame Unterstützung geboten werden, die zugleich einen vermehrten Kohlen- und Koksabsatz sichert. Der Beschäftigungsstand bei den Stahlwerken ist im allgemeinen nicht besser geworden, denn was etwa Stabeisen jetzt mehr bringen sollte, wird durch schwächern Absatz in Halbzeug und Trägern reichlich aufgewogen. Dringend wünschenswert bleibt ein Ausgleich der auf der ganzen Linie unzureichenden Preise für Walzerzeugnisse gegenüber Roheisen und Halbzeug. Ob dieser sich durch vermehrten Absatz infolge eines stärkern Frühjahrsgeschäfts vollziehen wird, ist noch nicht abzusehen. Es wird vor allem darauf ankommen, ob eine genügende Verbilligung am Geldmarkt eintreten wird.

*

Kamen, 16. Jan. **(Unterhaltungsabend.)** Der hiesige Männergesangverein Teutonia hatte am Sonntag Abend im Hesselmannschen Lokale eine Theaterunterhaltung veranstaltet, die außerordentlich gut besucht war, der gewiß nicht kleine Saal war fast bis auf den letzten Platz gefüllt. Begonnen wurde die Feier mit einem vom 1. Vorsitzenden des Vereins auf Se. Majestät den Kaiser ausgebrachten dreimaligem Hoch, das begeisterte Aufnahme fand. Hiernach folgten Musikalische und Gesangvorträge und dann als Hauptstücke und Gesangvorträge und dann als Hauptstücke und Gesangvorträge und dann als Hauptstücke

strafen von drei Tagen bis drei Wochen. Wegen einer militärischen Verfehlung des Mißhandelten hatten die Täter die Versagung ihres Weihnachtsurlaubs befürchtet. — Ein Hüttendirektor in Hochdahl hatte sich vor der hiesigen Strafkammer unter der Beschuldigung zu verantworten, in seinen Steuereinschätzungen die von ihm aus dem An- und Verkauf von Börsenpapieren erzielten Spekulationsgewinne nicht berücksichtigt zu haben. Der Angeklagte wollte des Glaubens gewesen sein, daß nur die gewerbsmäßigen Spekulationsgewinne zu versteuern seien. Wegen Vergehens gegen das Einkommensteuergesetzes traf ihn eine Geldstrafe von 900 Mark, der sechsfache Betrag der hinterzogenen Steuer.

?(**Köln,** 14. Jan. **(Entlassung der ausländischen Arbeiter.)** In einer überaus zahlreich besuchten Arbeitslosenversammlung wurde gestern nachmittag eine Mitteilung des Oberbürgermeisters der Stadt Köln verlesen, in der der Oberbürgermeister sich bereit erklärt, sämtliche bei dem Kölnischen Tiefbauamt beschäftigten Italiener zu entlassen, damit an ihrer Stelle heimische Arbeiter eingestellt werden.

Goch, 15. Jan. **(Gefahren der Jagd.)** Ein hiesiger Einwohner hatte am 27. Dez bei Ausübung der Jagd sein Gewehr auf den Erdboden gelegt, um einen Wassergraben besser überspringen zu können. Sein Jagdhund muß die Abzugsvorrichtung berührt haben, so daß ein Schuß losging, denn dem Jäger drang eine Ladung ins Bein. Erst nachdem er zwei Stunden lang hilflos gelegen hatte, wurde er aufgefunden; sein Zustand macht die Amputation des Beines notwendig. Wegen eingetretener Sepsis vermochte die Operation jedoch sein Leben nicht zu erhalten; er ist gestorben.

?(**Bonn,** 15. Jan. **Das Schwurgericht** verurteilte den Tagelöhner Stephan Krabe wegen Straßenraubs zu 5 Jahren Zuchthaus.

?(**Trier,** 15. Jan. **Die rohe Bluttat eines italienischen Arbeiters** hat das friedliche Eifeldörfchen Mehren in große Aufregung gebracht. Ein am Bahnbau beschäftigter Italiener drang in das Haus eines verheirateten Arbeiters ein und erstach den gerade mit Rasieren beschäftigten ahnungslosen Hausherrn. Der Täter flüchtete zunächst in den Wald und verbarg sich später in der Arbeiterkantine. Ein Dutzend handfester Dorfbewohner begab sich in Begleitung eines Gendarmen dorthin, das Haus wurde umstellt und der Mörder nach hartnäckiger Gegenwehr verhaftet.

?(**Trier,** 14. Jan. **(Italienischer Brudermörder.)** In Großbettingen erstach der italienische Bergmann Balli seinen Bruder nach einem belanglosen Streite.

Die Steuererklärung.

I.

Am Sonnabend, dem 4. Januar, hat die Frist begonnen, innerhalb deren in Preußen die Steuererklärungen abzugeben sind. Sie endet am Montag, dem 20. Januar. Die Verabsäumung der Pflicht hat für den Steuerpflichtigen finanziellen Nachteile. Wer nämlich die Steuererklärung nicht rechtzeitig abgibt, muß zu der endgültig festgestellten Steuer noch einen Zuschlag von 5 Prozent zahlen. Er erhält sodann noch eine besondere Aufforderung zur Abgabe der Erklärung. Kommt er auch dieser Aufforderung nicht nach, so wird von ihm ein weiterer Zuschlag von 25 Prozent erhoben. Einen Verlust der Rechtsmittel gegen die Veranlagung wie es früher der Fall war, hat die Verabsäumung der Frist nicht mehr.

In der Erklärung sind die Einkommensquellen mit demjenigen Bestande zu berücksichtigen, den sie am 1. April 1908 haben. Wenn z. B. jemand jetzt Einkommen aus einem vermieteten Hause bezieht, dieses aber zum 1. April verkauft hat, so hat er nicht den Reinertrag anzugeben, den ihm das Haus augenblicklich bringt, sondern die Zinsen, die er aus dem durch den Verkauf erworbenen Kapital beziehen wird.

Der 1. April ist maßgebend für den Bestand der Einkommensquellen. Dagegen werden, so weit diese an sich schon länger bestehen, in der Regel die Ergebnisse des Jahres 1907 zugrunde gelegt, selbst wenn schon feststeht, daß das Einkommen im Steuerjahr 1908/09 höher sein wird.

Beispiel: Ein Angestellter hat 1907 ein Gehalt von 1500 Mark bezogen. Seit dem 1. Januar 1908 ist er mit 200 Mark monatlich angestellt. Dann hat er sein steuerpflichtiges Einkommen mit 1500, nicht mit 2400 Mark anzugeben. Würde er jedoch am 1. April seine Stelle aufgeben und selbst ein Geschäft eröffnen, so würde dessen mutmaßlicher Jahresertrag als Einkommen zu versteuern sein.

Vier Einkommensquellen sind zu unterscheiden: 1. Kapitalvermögen, 2. Grundvermögen, 3. Handel und Gewerbe, 4. Gewinn bringende Tätigkeit.

Die Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens hat auf folgende Weise zu geschehen. Zunächst sind die Einkünfte aus den vier Quellen ihrem Rohertrage nach festzustellen. Von dem Rohertrage werden die sogenannten Werbungskosten in Abzug gebracht. Der Rest stellt das Gesamteinkommen dar. Von diesem können weitere vom Gesetz bestimmte Abzüge gemacht werden.

Die Steuererklärung muß enthalten:

1. Die einzelnen nach Abzug der Werbungskosten verbleibenden Ergebnisse der vier Einkommensquellen (Formular Seite 1 Nr. 1—4).
2. Das Gesamteinkommen (Form. S. 1.).
3. Die zulässigen Abzüge vom Gesamteinkommen (S. 2).

Es ist also anzugeben das Ergebnis jeder einzelnen Einkommensquelle. Es braucht aber nicht ausgeführt zu werden, wie das Ergebnis aus derselben Quelle im einzelnen sich zusammensetzt, ferner nicht, welche Werbungskosten abgezogen worden sind. Indessen empfiehlt es sich, die Angaben so ausführlich und klar wie möglich, zu machen. Man muß nämlich bedenken: wir haben keineswegs eine Selbsteinschätzung in dem Sinne, daß die Steuerbehörde an die von dem Steuerpflichtigen abgegebene Erklärung gebunden wäre und von ihr nicht abweichen dürfte, falls sie deren Unrichtigkeit nachwiese. Vielmehr wird die Einschätzung der Steuerbehörde vorgenommen. Allerdings legt sie naturgemäß die Steuererklärung zugrunde, aber nur so weit, als es zweckmäßig erscheint. Ist der Eingeschätzte mit seiner Veranlagung nicht einverstanden, so bleibt ihm nichts übrig, als das zulässige Rechtsmittel dagegen einzulegen. Diesen Weiterungen kann man also am leichtesten durch ausführliche Erklärungen vorbeugen, und deswegen empfiehlt es sich, auch Seite 3 und 4 des Formulars auszufüllen, so weit die Einkommensverhältnisse es bedingen.

Nun zu der Berechnung des Einkommens im einzelnen.

Als Werbungskosten bezeichnet das Gesetz diejenigen Aufwendungen, die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Ertrages gemacht werden. Es zählt dann einzelne Werbungskosten auf. (Wir verweisen in dieser Beziehung auf den Auszug aus der Anweisung des Finanzministers Artikel 4 Abzüge I. 1—5, Der Auszug wird den Steuerpflichtigen zugleich mit dem Formular zugesandt.) Die Aufzählung des Gesetzes ist nicht erschöpfend. Andere Werbungskosten sind z. B. die Aufwendungen eines Arztes für sein Warte- und Sprechzimmer. Sehr streitig ist es, ob dazu die Ausgaben für die Fahrten zwischen Arbeitsstätte und Wohnung gehören. Das Oberverwaltungsgericht hat in der Regel die Fahrgelder nicht dazu gerechnet. Dagegen sind sie neuerdings von der Berufungskommission in Berlin für abzugsfähig erklärt worden.

(Fortsetzung folgt.)

Brandkatastrophe in einem Kinematographentheater.

Der furchtbaren Katastrophe bei der Kinematographenvorstellung in Barnsley ist nun in Amerika ein neues, furchtbares Unglück bei einer Kinematographenaufführung in Boyertown in Pennsylvania gefolgt. Zwischen 50 und 75 Menschen, meist Frauen und Kinder, haben dort im Rhoades Opera House bei der Explosion eines Kinematographen ihr Leben verloren, indem sie verbrannten oder bei der unbeschreiblichen Panik niedergetreten wurden. Ueber hundert erlitten Verletzungen, viele so schwer, daß sie mit dem Leben nicht davon kommen werden. Das Theatergebäude war von Mitgliedern der St. Johns lutherischen Sonntagsschule dicht besetzt. Der Explosion folgte die Panik auf dem Fuße. Viele aus dem Publikum stürzten auf die Bühne hinauf und rissen dabei die Rampenlampen um. Dadurch geriet die Szenerie sofort in Brand. Bald war der ganze Raum in ein Meer von Flammen und Qualm eingehüllt. Bis hoch zum Dach hinauf schossen die Feuergarben. Nach wenigen Minuten war das Haus wie ein prasselnder Hochofen. In ihrer Verzweiflung wurde die Menge sinnlos und rasend. Man stieß sich gegenseitig in die Flammen, um einen Ausgang zu gewinnen. Die Stärkeren bahnten sich über die am Boden liegenden den Weg. Etwa vierzig Personen konnten sich dadurch retten, daß einer auf die Schultern des andern stieg und alle somit eine Fensteröffnung erreichten. Aber an manchen Stellen zerbrach die Leiter unter der Last der Andrängenden oder die Leute wurden müde, bewußtlos und sanken in das Feuer zurück mit gebrochenen Gliedern. Schrecklich war der Augenblick, wo auf dem Treppenausgang der Galerie die Menge wie ein eingetriebener Keil nicht vorwärts und rückwärts konnte und sich von den Flammen auf allen Seiten bedroht zu Tode drückte. Viele stürzten von dem oberen Stock über das Treppengeländer in die Tiefe. Polizei und Feuerwehr arbeitete mit beispielloser Aufopferung, und ihrer heroischen Tätigkeit haben viele allein ihre Rettung zu danken. Aus dem lichterloh brennenden Gebäude trugen sie die Unglücklichen mit eigener Lebensgefahr heraus.

Nach weiteren Meldungen aus Boyertown wurden

über 150 Personen getötet

und 150 schwer verletzt. Ueber 700 Personen waren im Theater. In der Panik dachte jeder nur an sich, und die Kinder wurden brutal niedergetreten. Die meisten Opfer sind unter 15 Jahren; nur wenige sind verbrannt. Fast alle kamen im verzweifelten Gedränge um. Die Feuerlösch-Apparate versagten. Die Stadt Boyertown zählt etwa 3000 Einwohner. Fast alle stürzten nach der Unglücksstätte, wo sich unbeschreibliche Szenen abspielten. Verzweifelte Eltern mußten mit Gewalt abgehalten werden, sich in die Flammen zu stürzen. Viele Leichen liegen noch unter den rauchenden Trümmern. Die ganze Stadt ist in Trauer gehüllt. Ganze Familien sind umgekommen. Särge wurden aus den Nachbarstädten herbeigeschafft; fast jedes Haus ist in ein Lazareit verwandelt.

Aus aller Welt.

— **Das „Blaßgesicht" am Marterpfahl.** Eine Anzahl Schulkinder veranstalteten dieser Tage in der Neuen Rampenstraße bei den St. Pauli-Landungsbrücken in Hamburg Indianerspiele. Um die Sache recht realistisch zu gestalten, mußte auch ein „Blaßgesicht" an den „Marterpfahl" gebunden werden. Zur Ausführung dieser Szene war der zehnjährige Sohn des Getreidekontrolleurs Eickmann erkoren. Dieser wurde mit starkem Bindfaden an ein Brückengeländer gebunden und dabei derartig festgeschnürt, daß die Pulsadern vollständig abgebunden waren, in welcher Situation er von seinen Spielgenossen unter Aufführung wilder Indianertänze geschlagen und auf allerlei Weise gepeinigt wurde, während man ihm den Mund zuhielt, um ihn am Schreien zu hindern. Nachdem diese Prozedur etwa zwanzig Minuten gedauert hatte, trat dem Bedauernswerten Schaum vor Mund und Nase, und er verlor das Bewußtsein. Die Uebeltäter bekamen nun Angst und liefen davon. Noch zur rechten Zeit erschien der Kommandeur Schmidt von der Hafenpolizei auf der Bildfläche und befreite den Unglücklichen aus seiner verzweifelten Lage. Als der Junge abgeschnitten war, fiel er wie tot zur Erde; da er weder an Ort und Stelle, noch auf der Wache zum Bewußtsein gebracht werden konnte, wurde schleunigst ein Arzt herbeigeholt, dem es nach längeren Bemühungen gelang, den Knaben wieder ins Leben zurückzurufen, doch war der Aermste infolge der ausgestandenen Qualen dermaßen erschöpft, daß seine Ueberführung in das Hafenkrankenhaus nötig war; nur wenige Minuten später wäre er nach Ausspruch des Arztes eine Leiche gewesen. Die Hauptbeteiligten an der Marterszene sind bereits ermittelt.

— **Massenbrandstiftung.** Durch das verbrecherische Treiben eines gefährlichen Brandstifters ist Montag unter den Bewohnern von Weißensee ungeheure Aufregung hervorgerufen worden. In kurzer Zeit wurden in drei Häusern Brände angelegt.

— **Ein schwerer Zyklon** ist nach einer Meldung der Central News über Macao, einer chinesischen Stadt am Kanton River, niedergegangen. Macao ist in einen chinesischen und einen portugiesischen Stadtteil geteilt. Viele Häuser und Schiffe wurden zerstört und eine große Anzahl Menschen kam um. 12 Leichen wurden bisher geborgen. Das Ereignis nutzten chinesische Räuber zu einem Raubzug in das europäische Viertel aus. In dem Kampf, der sich dort entspann, wurden viele verwundet.

— **Von Wilderern erschossen** wurde in der Nacht zum Dienstag in Krahn bei Bandenburg a. H. der Förster Illmann, nachdem er in dem vorausgegangenen Kampfe zwei Wilddiebe getötet hatte.

— **Unglücksfall oder Selbstmord?** Als der Arbeiter Olsson in Kiel Montag abend nach Hause zurückkehrte, fand er die Tür seiner Wohnung verschlossen. In dem Glauben, daß seine Frau ausgegangen sei, wartete er vergeblich bis gegen 11 Uhr. Als er dann die Tür einschlagen ließ, fand er seine Frau und seine beiden Kinder durch Leuchtgas vergiftet vor.

Neueste Nachrichten

Der Reichstag

setzte am Mittwoch die Besprechung der Interpellation Graf Kanitz über den hohen Bankdiskont fort. Der Zentrumsredner Dr. Mayer-Kaufbeuren erklärte sich in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages für die volle Aufrechterhaltung der bestehenden Goldwährung. Nur soweit diese nicht angetastet wird, will er Maßregeln zur Entlastung des Geldmarkts zulassen, im übrigen empfehle er Sparsamkeit bei den öffentlichen Korporationen, wie im Privathaushalt. Unterstaatssekretär Twele verteidigte gegenüber den gestrigen Ausführungen des Abgeordneten Graf Kanitz die Einziehung der Taler, die notwendig gewesen sei, um unsere hinkende Währung endlich zu beseitigen. Er besprach dann eingehend den ungünstigen Stand der Reichsanleihen, dem er durch die Eröffnung ausreichender neuer Einnahmequellen für das Reich abhelfen will. Der Sozialdemokrat Dr. Südekum fand einen neuen Erklärungsgrund für die augenblickliche Geldknappheit. Er schob sie auf die übermäßigen Rüstungen zu Lande und zu Wasser, die Deutschland vorgenommen habe, und die Verluste, die durch die Kolonialfeldzüge der letzten Zeit der Volkswirtschaft entstanden sind. Nachdem dann noch der Antisemit Raab als alleiniges Heilmittel aller wirtschaftlichen Schäden wieder einmal den Bimetallismus angepriesen hatte, kam als letzter Redner aus dem Hause, der Abg. Gothein (Frs. Vgg.) zu Wort. Er legte eingehend den Unterschied zwischen der deutschen, französischen und englischen Bankpolitik und Finanzwirtschaft dar, und zeigte, daß der hohe Diskont in Deutschland mit dem Vorteil unserer raschen industriellen Entwicklung eng verknüpft sei. Hiermit wurde die Besprechung der Interpellation Kanitz beendet, und das Haus kam noch zu der Besprechung der

Polen-Interpellation

über das preußische Enteignungsgesetz. Obwohl Staatssekretär Dr. Nieberding die Beantwortung der Interpellation, weil sie eine rein preußische Angelegenheit betreffe, ablehnte, gelang es den Polen doch, mit Hilfe der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Freisinnigen, die nötige Stimmenzahl für ihre Besprechung zusammen zu bringen. Erster Redner war der Abg. Seyda (Pole), der die bekannten Argumente der Polen gegen die preußische Ausnahmegesetzgebung vorbrachte. Die übrigen Parteien beschränkten sich meist auf kurze Erklärungen. Für die Konservativen versicherte Herr v. Gersdorf, für die Freikonservativen Freiherr v. Gamp die Regierung ihrer Unterstützung, während der Abg. Graf Hompesch namens des Zentrums die Polenpolitik der preußischen Regierung verurteilte. Zum Schluß sprach der nationalliberale Abg. Sieg. Er führt aus, die von Nieberding abgegebene Erklärung sei durchaus richtig. (Lachen bei den Polen.) Die Deutschen seien ebensogut Alteingesessene als die Polen. (Unruhe bei den Polen.) Oesterreich und Rußland zeigten, daß man schlecht fahre, wenn man den Polen Zugeständnisse mache. Die Ideale wolle man den Polen nicht aus dem Herzen reißen. (Widerspruch.) So loyal wie 1864, 1866 und 1870-1871 seien die Polen nicht mehr. Vergessen Sie den Schulstreik? Er persönlich meine, man solle nicht nur gegen die Polen das Enteignungsrecht anwenden, sondern auch gegen die Deutschen. Die Enteignung richte sich nur gegen die Großgrundbesitzer, die froh seien, ihr Gut los zu werden. Sie hüteten sich, sich anzusiedeln und zögen lieber nach Friedenau bei Berlin. An den Polen liege es, Frieden zu halten. (Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.) — Darauf wird die Weiterberatung vertagt.

Das Abgeordnetenhaus

beendete am Mittwoch die erste Beratung des Etats. Erster Redner war Abg. Pachnicke (Frs. Vgg.), der die Erklärung des Fürsten Bülow in der Wahlrechtsfrage einer scharfen Kritik unterzog und sich dann gegen die Theorie wandte, daß das Reich nur indirekte Steuern erheben dürfe, während die direkten Steuern den Einzelstaaten vorbehalten bleiben müßten. Abg. v. Arnim-Züsedom (kons.) drückte dem neuen Reichsbankpräsidenten sein Vertrauen aus, plaidierte für eine Vermehrung der Silbermünzen und lobte die Wirkung der Schutzzollpolitik. Abg. Dr. v. Woyna (fk.) entrüstet sich über die Forderung des Koalitionsrechts für die ländlichen Arbeiter durch das Zentrum und beschwert sich darüber, daß viel zu viel Polizeiverordnungen erlassen werden. Abg. Macco (nl.) trat für eine größere Stärkung der Stellung des Eisenbahnministers gegenüber der Finanzverwaltung ein. Der Zentrumsabg. Graf Praschma bemühte sich, Herrn v. Woyna durch die Erklärung zu beruhigen, daß, wenn das Koalitionsrecht für die ländlichen Arbeiter eingeführt werden würde, das Zentrum für die Schaffung von Kautelen gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts sorgen werde. Im übrigen polemisierte Graf Praschma gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Wiemer vom Dienstag und meinte dann, das Zentrum befinde sich sehr wohl, seitdem es nicht mehr ausschlaggebende Partei sei. Die Zeit des Zentrums werde früher oder später wiederkommen. Abg. Gyßling (Frs. Vpt.) betonte die Notwendigkeit einer einheitlichen Leitung der Reichs- und Staatsgeschäfte und trat den Ausführungen der Abgg. v. Arnim und Graf Praschma entgegen. Er verwahrte sich entschieden gegen die Unterstellung des Abg. Herold am Dienstag, daß die Freisinnigen sich von irgend welchen Rücksichten auf den Fürsten Bülow leiten ließen und verlangte die Aufstellung eines organischen Steuerplanes für das Reich und die Einzelstaaten. Weiter äußerte Herr Gyßling Bedenken gegen die geplante Reform der Zivilprozeßordnung, die eine Verschlechterung der Rechtspflege herbeiführen würde. Darauf wurde die Debatte geschlossen. Der Etat wurde der Budgetkommission überwiesen.

⊠ **Paris,** 15. Jan. Die Pariser Polizeipräfektur wurde von der Polizei in Rio de Janeiro verständigt, daß **französische Anarchisten** diese Stadt verlassen hätten, um angeblich an einem **Anschlage gegen das amerikanische Geschwader** teilzunehmen.

W **Tanger,** 15. Jan. Einem Funkentelegramm zufolge ist die Kasbah Benechad gestern mittag von den französischen Truppen **ohne Schwertstreich besetzt** worden. Der Stamm der Ulad Hariz habe sich beeilt, um Vergleichung zu bitten. In der Gegend herrsche vollständige Ruhe.

Vereins-Nachrichten.

Kamen, 16. Jan. **(Schweine-Versicherungsverein.)** Die Mitglieder des Versicherungsvereins für Schweine machen wir auch an dieser Stelle auf die am Sonntag stattfindende Generalversammlung aufmerksam. (Alles Nähere siehe Inserat in der heutigen Nummer.)

Knorr's Hahn-Maccaroni

m5910

übertreffen alle deutschen und fremden Fabrikate durch saubere Herstellung und appetitliches Trockenverfahren, welche hohen Wohlgeschmack und schönstes Aussehen gewährleisten.

Koche mit „Knorr".

Verantw. Redakteur: Fr. Meyer in Kamen.

Donnerstag eintreffend:

Empfehle

Lebendfrisch. Schellfisch
" Kabliau
und Bratschellfische.



Kaufhaus für Lebensmittel

Johanna Glaesser

Weststraße 49 **Fernruf 114.**

Familien- - - - - - Ereignisse

wie

Verlobungen, Vermählungen, Geburten, Todesfälle u. s. w.

teilt jeder

Freunden und Bekannten

am zweckmässigsten mit durch eine Anzeige in der

Kamener Zeitung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Todes unserer lieben, kleinen

Friedchen

sagen wir Allen hierdurch unsern

tiefgefühlten Dank.

Kamen, den 13. Januar 1908.

Wilh. Etling u. Familie.

58

Holz-Verkauf

Weddinghofen.

Dienstag den 21. dss. Mts., morgens 11 Uhr,

läßt Herr Rentner Dickmann gent. Ostendorf in seiner Waldung Forstdistrikt **Nordberg:**

25 Nrn. Fichten-Rottannen zu Bauholz, Gerüststangen u. Baumpfählen,

50 bis 60 Nrn. Buchen (bis 40 cm Durchmesser) **zu Nutz- und Brandholz**

nummerweise öffentlich meistbietend verkaufen.

Versammlung beim Wirt Dickmann resp. an Ort und Stelle.

Töddinghausen, den 14. Januar 1908.

Blödom, A.-K.

57i

Königl. Maschinenbau- u. Hüttenschule in Duisburg.

Am **1. April 1908** werden neue Lehrkurse eröffnet:
1. **für Maschinenbau u. Elektrotechnik,** 2. **für Hüttenwesen, Giesserei und chem. Grossgewerbe.**
Schulgeld: Halbjährlich 30 Mark. h9150
Aufnahmebedingung: 4 Jahre praktische Berufstätigkeit.
Programme werden kostenfrei zugesandt von der **Direktion.**

Tüchtige Vertreter suchen wir unter sehr günstigen Bedingungen für unsere vorzügl. Fahrräder m. 2½ Jahr, Prima Nähmaschinen m. 6 Jahr Garant. Centrifugen-Wasch-, Wring-, Mangel-, Buttermaschinen, Phonogr. u. Sprechmaschinen mit voller Garantie zu außerordtl. bill. Preis. „Sport" Maschinen- u. Fahrradwerke, G. m. b. H., Berlin N. 24. z511

Ein

neuer Heimburg

in der

≈Gartenlaube≈

Probehefte mit Roman-Anfang durch jede Buchhandlung, oder den Verlag Ernst Keil's Nachf. (August Scherl) G. m. b. H. Leipzig.

In gänzlich neuer Bearbeitung erscheint gegenwärtig:

130000 Artikel — **Meyers Kleines** — 6000 Seiten

Konversations-Lexikon

Siebente Auflage

520 Tafeln — 6 Halblederbände zu je 12 Mark — 110 Karten

Leipzig und Wien

Bibliographisches Institut

Holz-Verkauf

Heil.

Montag den 20. d. M., morgens 10 Uhr, werde ich für die Gemeinde Heil in der Lehmkuhle bei Biermann und für Herrn Lippmann an der Kreisstraße von Oberaden nach Heil

60 Nrn. schönes Tannen- und Eichen-Durchforstungsholz zu Frechtungen, Baumpfählen, Bohnenstangen und Brennholz

öffentlich meistbietend zum Verkauf aussetzen.

Anfang in der Lehmkuhle. Versammlung in der Wirtschaft **Brüggemann** und an Ort und Stelle.

Heil. i56

Brüggemann.

Durchforstungs-Holz-Verkauf

Heil!

Mittwoch den 22. d. M., morg. 10 Uhr, werden Unterzeichnete für Herrn Gutsbesitzer Frz. Schulze-Heil in Heil folgendes, in seinen daselbst nahe beim Hofe belegenen Waldungen lagerndes **Durchforstungsholz** und zwar:

1. am Wege vom Hofe nach Bergkamen u. bei der Mühle: **64 Nrn.** in Haufen zusammengelegte **Kiefernstangen,** zu Frechtungsstangen, Draht-, Baum- und Heckenpfählen, sowie Brennholz sehr passend, desgleichen **einige Nrn.** zu Frechtungs- u. Brennholz dienliche **Eichenstangen** und
2. unmittelbar bei der Heiler Schule: **40 Nrn.** in Haufen liegende, zu gleichen Zwecken brauchb. **Kiefernstangen,** außerdem **8 Nrn.** zu Frechtungsholz aller Art u. s. w. verwendbare **Eichenstangen,**

haufenweise öffentlich meistbietend gegen Kredit verkaufen.

Anfang zu 1.

Zusammenkunft am Hofe oder an Ort und Stelle.

Kamen.

Reinhard, Gerdts, 62 Aukt.

Holzverkauf

Heil.

Herr Middelschulte in Heil läßt **Mittwoch den 22. d. M., morgens 10 Uhr,** in seinem Scheunenbusch an der Kreisstraße von Oberaden nach Heil ca.

60 Nrn. schönes, starkes Eichen- und Tannen-Durchforstungsholz zu Grubenholz, Frechtungen, Gerüsthebeln, Bohnenstangen u. Brennholz tauglich

öffentlich meistbietend gegen Kredit verkaufen. i55

Heil.

Brüggemann.

Füllofen

(emaill.) fast neu, billig z. verk.
51 **Weststraße 43.**

Wohnung

(2. Etage) per 1. April zu vermieten. 37

Klosterstraße 17.

Anzahl Mädchen

Stützen, Köchinnen, Haushälterinnen, Dienstmädchen u. s. w. suchen Stellung.
Althaus Verlag, Duderstadt, Eichsfeld. Rückporto! 61

50 Mark Wochenlohn

oder

50 bis 60% Provision

erhält Jeder, der den Verkauf meiner prachtvollen Luxuswaren, sowie weltberühmten Schilder übernimmt. Vertretung wird auch als Neben-Beschäftigung übergeben. Branchekenntnis ist nicht erforderlich. Es versäume daher Niemand Original-Muster und Katalog zu verlangen durch h10024

L. Klöckner,
Erbach (Westerwald).

Apfelsinen

empfiehlt

J. Brombach.

Neue Innung

für das

Zimmer- und Schreinerhandwerk

KAMEN.

Sonntag d. 19. Jan. 1908, nachm. 5 Uhr,

findet im Lokale des Herrn Otto Biermann unsere

1. ordentliche Innungs-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:
1. Zahlung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Vorstandswahl.
4. Feststellung des Haushaltsplanes.
5. Gesellen-Ausschuß.
6. Verschiedenes.

Die Mitglieder und deren Gesellen werden hierzu freundl. eingeladen.

Kamen. 65

Der Vorstand.

Wirte-Verein

KAMEN.

Freitag, den 17. d. Mts., abends 6 Uhr:

Versammlung

beim Kollegen **Reinhard.**

63 **Der Vorstand.**

Diejenigen **ehem. 16er** von **Methler und Umgegend,** welche sich für eine

Vereinigung ehem. 16er (Hacketäuer)

interessieren, werden gebeten, sich **am Sonntag dem 19. cr., nachmittags 4 Uhr,** beim Wirt **Lunke** einfinden zu wollen. 60*

Mehrere alte 16er.

Verein zur Versicherung von Schweinen

Kamen.

General-Versammlung

am Sonntag d. 19. Jan., nachmittags 5 Uhr,

im Lokale des Herrn Friedrich Biermann, Nordstraße.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht.
2. Rechnungslage.
3. Ergänzungswahl des Vorstandes.
4. Wahl von 2 Revisoren.
5. Verschiedenes.

59* **Der Vorstand.**

Meine Praxis habe von **Mühlenstraße 12** nach **Königswall 46** verlegt.

Dr. Georg Weinberg

Spezialarzt für Harn-, Haut- u. Blasenleiden. 43

Dortmund, Königswall 46.

Rheumatismus

Gicht-, Gliederreissen, Nervenschmerzen, Hüftweh 2c. verschwinden bald durch äußerlichen Gebrauch von

Reichel's „Electricum"

(Aetherisches Kiefernadel-Waldwollöl). Einfaches u. unschädliches Naturprodukt von starker, durchgreifender, sofort schmerzstillender Wirkung. **Tausende verdanken „Electricum" ihre Gesundheit.** Fl. 60 ₰, ℳ 1.— u. 2.—. Die Wirkung wird noch erhöht durch den inneren Gebrauch von Reichel's

Wacholder-Extrakt „Medico"

Fl. 75 ₰, ℳ 1.50 und 2.50.

In **Kamen** bei

Carl Müller jun.,
Löwen-Drogerie,
21 Ecke West- u. Nordstraße.

Wer Stellung sucht verlange die [illegible] Vakanzen-Post [illegible]lingen 22.

Männer-Gesang-Verein

„Auguste Viktoria"

KAMEN

feiert den **Geburtstag**

Sr. Majestät des Kaisers

am 19. dss. Mts. im Vereinslokale **W. Reinhard** (Schützenhof) durch

Konzert, Theater und Ball.

Zur Aufführung gelangt:

„Die Ehre" (Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann).

Entree: Karten im Vorverkauf pro Person 50 Pf., Kasse 60 Pf. Karten im Vorverkauf sind zu haben bei den Mitgliedern, Vereinswirt W. Reinhard, Zigarrengeschäft von Carl Walter, Weststr. 61, Friseur Peukmann, Rottstraße, und Friseur Steimann, Bahnhofstr.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein z40

Der Vorstand.

Programme an der Kasse zu haben.

Zwecks

Gründung eines Nationalliberalen Vereins

für **Kamen und Umgegend**

findet am **Sonnabend den 18. ds. Mts., abends 8 Uhr,** im Saale des Herrn **F. Hausemann** hierselbst eine

Versammlung

statt, in der Herr Rechtsanwalt **Dr. Cremer-Hagen** sprechen wird über das Thema:

„Die nationalliberale Partei und die Arbeiterfrage".

Hierzu werden alle diejenigen, welche sich für die nationalliberale Sache interessiren, freundlichst eingeladen.

Kamen. 64

Das Komitee.

Schützen-Verein

Overberge.

Sonntag, den 19. Jan. ds. Js., nachm. 4 Uhr,

General-Versammlung

im Vereinslokale des Wirts Herrn W. Lethaus.

Tages-Ordnung:
1. Zahlung der fälligen und rückständigen Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Rechnungslage.
4. Vorstandswahl.
5. Beratung über Kaisersgeburtstagsfeier.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

54

Große Auswahl in

Porzellan- und Glaswaren,

als

Kaffee- u. Thee-Service, Fleisch- und Gemüseschüsseln, Bier- und Likör-Service 2c. 2c.

vorrätig bei

J. Brombach, Camen.

Druck u. Verlag von C. May in Hörde

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Für's Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 7. Donnerstag den 16. Januar 1908. 36. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Eine Kundgebung Kaiser Wilhelms.

Der Kaiser hat an den Kommissar und Militärinspekteur der freiwilligen Krankenpflege, Fürsten zu Solms-Baruth, unter dem 7. Januar anläßlich der Beendigung des Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Beendigung der Tätigkeit der freiwilligen Krankenpflege in Südwestafrika gibt mir willkommene Veranlassung, die selbstlose Opferwilligkeit, mit welcher alle Bevölkerungsschichten Deutschlands die Mittel für die freiwillige Krankenpflege aufgebracht haben, sowie die zufolge glücklicher Einfügung in den staatlichen Sanitätsdienst besonders wirksame Tätigkeit der freiwilligen Krankenpflege in Südwestafrika in vollem Maße anzuerkennen. Durch Entsendung tüchtiger Pfleger und Pflegerinnen, die zweckmäßig ausgerüstet, unter umsichtigen Delegierten, den amtlichen Kriegssanitätsdienst wirksam unterstützt haben, ist auf dem eigentlichen Gebiete werktätigen Samaritertums bei der Pflege Verwundeter und Kranker Hervorragendes geleistet worden. Durch die Zuführung reicher freiwilliger Gaben, die den fernen, völlig fremden Verhältnissen glücklich angepaßt waren, hat auch die kämpfende Truppe fortdauernd liebreiche Fürsorge und Unterstützung erfahren. Dieser zwiefache Beweis opferwilliger, teilnehmender Liebe aus allen Gauen der Heimat hat in hohem Maße dazu beigetragen, den unter Mühsalen und Entbehrungen ringenden Kämpfern bis zuletzt Freudigkeit, Kraft und Ausdauer zu erhalten. Die freiwillige Krankenpflege, in schweren Zeiten entstanden, nach den Erfahrungen der großen Kriege in stetiger Friedensarbeit ausgebaut und vervollkommnet, hat so auch in Südwestafrika sich zuverlässig und leistungsfähig erwiesen und durch ihr selbstloses Wirken ein neues festes Band geschlungen um Volk und Heer. Dies wird auch für die Zukunft von Heil und Segen sein und in der gesamten Nation mit herzlichster Dankbarkeit empfunden werden. Hiernach beauftrage ich Sie, insonderheit dem Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreiz, den Ritterorden, den übrigen Organisationen, allen, welche unter Ihrer Leitung in aufopfernder und erfolgreicher Weise für die freiwillige Krankenpflege in Südwestafrika tätig gewesen seind, meine volle Anerkennung und meinen Dank auszusprechen."

Der italienisch-abessinische Zwischenfall ist beigelegt.

Der italienische Ministerresident in Addis Abeba, Conte Collidi Felizzano war wegen des Zwischenfalls von Lugh seinen Weisungen gemäß unverzüglich bei Negus Menelik vorstellig geworden. Einer Meldung der „Agencia Stefani" zufolge haben die Regierungen von Deutschland, England und Frankreich ihre Vertreter in Addis Abeba telegraphisch angewiesen, die Forderungen des italienischen Ministerresidenten beim Negus Menelik zu unterstützen. — Nach einem Telegramm des italienischen Ministerresidenten in Addis Abeba an den Minister des Aeußern Tittoni hat dann Negus Menelik auf den formellen Protest der italienischen Regierung wegen des Zwischenfalls bei Lugh und auf die Forderung von Genugtuung erklärt, daß er die Vorkommnisse, von denen er nichts gewußt habe, auf das tiefste bedauere. Er versichere die italienische Regierung von neuem seiner Freundschaft und Loyalität und sei bereit, volle Genugtuung zu gewähren. Die Verantwortung treffe allein die Häuptlinge, die auf eigene Faust und gegen seinen Willen gehandelt hätten und exemplarisch bestraft werden sollten. Auch werde er sofort Maßnahmen treffen, um alle Abessinier, die sich noch bei Lugh oder im Hinterlande von Benadir befanden, zum Rückzug zu veranlassen.

Ueber die Einzelheiten des Zwischenfalles selbst empfing der italienische Minister des Auswärtigen am Sonnabend über Lamu eine Depesche des Residenten der Kolonie Benadir, die am 4. Januar in Mogadiscio aufgegeben worden ist. Der Resident berichtet, keine direkten Nachrichten aus Lugh zu haben. Durch einen besonderen Kundschafter, der am 1. Januar von Buracaba aufbrach, habe er folgende Nachrichten erhalten, die auch von einem Verwundeten bestätigt wurden, der an dem Zusammenstoß teilgenommmen hatte: Der Kampf zwischen den Askaris des Hauptmanns Bongiovanni und den Abessiniern fand am Morgen des 15. Dezember in Bagallei bei Barbabe statt, zehn Wegstunden von Buracaba. In diesem Gefechte wurden Hauptmann Bongiovanni, zwei eingeborene Unteroffiziere und eine kleine Zahl Askaris getötet. Die übrigen traten in zwei Abteilungen den Rückzug an, die eine nach Lugh, die andere mit Hauptmann Molinari, der unversehrt blieb, nach einer anderen Richtung. Segre, der Vertreter der italienischen Kolonialgesellschaft, hält Lugh, wohin fünfzehn Askaris sich zurückzogen. Die Abessinier gingen nach Norden zurück.

Der oldenburgische Konflikt.

Die Frage der Regentschaft in Oldenburg ist in ein neues Stadium getreten. Großherzog Friedrich August leidet an einem Herzklappenfehler und will deshalb bei Zeiten sein Haus bestellen, um nicht durch einen plötzlich eintretenden Tod überrascht zu werden. Da sein Sohn der Erbgroßherzog Nikolaus erst 10 Jahre alt ist, so würde bis zu dessen Großjährigkeit im Falle eines Ablebens des Großherzogs eine Regentschaft notwendig werden. Der Großherzog hatte im Jahre 1900 in einer an den oldenburgischen Landtag gerichteten und von diesem gebilligten Vorlage seine Gemahlin, die Großherzogin Elisabeth, zur Regentin eingesetzt und bestimmt, daß wenn diese aus irgend einem Grunde nicht in der Lage sein sollte, die Regentschaft auszuüben, Herzog Friedrich Ferdinand von Glücksburg, der im Falle des Erlöschens des Hauses Oldenburg in Aussicht genommene Thronfolger, die Regentschaft führen solle. Eine Geheimvorlage des Großherzogs an den Landtag fordert nun unter Ausschluß der Großherzogin von der Regentschaft sofortige Einsetzung des Herzogs Friedrich Ferdinand als Regent. Diese Vorlage hat der Landtag einstimmig abgelehnt und den Großherzog dadurch so aufgebracht, daß dieser seinem Vize-Oberstallmeister v. Wenckstern verboten hat, noch länger den Vorsitz in der Körungskommission zu führen, welche für die Pferdezucht Oldenburgs von der größten Bedeutung ist. So wichtig die Person des Herrn v. Wenckstern für die oldenburgische Pferdezucht ist, so verwunderlich ist die Verquickung von Pferdezucht und Thronfolge!

Die Veranlassung zu der vom Großherzog eingebrachten Geheimvorlage hat seinen Grund in einem tiefgehenden Zerwürfnis zwischen Großherzog und Großherzogin, welches nach anfangs glücklicher Ehe eingetreten ist.

* *



Herzog Friedrich Ferdinand v. Schleswig-Holst.-Sonderbg.-Glücksbg. | Grossherzog Friedrich August von Oldenburg | Erbgrossherzog Nikolaus von Oldenburg

Westfalen u. Rheinland.

— **Niederhofer begnadigt.** Der Prinz-Regent von Bayern hat den wegen Raubmordes an dem Kaufmann Hendschl zum Tode verurteilten ehemaligen Zirkusinhaber David Niederhofer zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt.

— **Graf Kuno von Moltke** tritt in den nächsten Tagen eine Mittelmeerfahrt an. Seine Heimkehr erfolgt zum Revisionstermin im Harden-Prozeß.

— **Seine Frau zu verbrennen** versuchte in der Nacht zum Sonntag der 37 Jahre alte Apfelsinenhändler Otto Höhne in Berlin. Höhne ist ein Trunkenbold. Weil er in der Trunkenheit seine Frau mißhandelte und lärmte, wurde ihm vom Hausverwalter gekündigt. Seine Frau erklärte ihm nun, daß sie mit ihren drei Söhnen allein eine Wohnung nehmen würde. H. sann deshalb auf Rache. In der Nacht zum Sonntag kam er um 12 Uhr betrunken nach Hause. Seine Frau machte ihm Vorwürfe und schlief dann auf dem Sofa sitzend ein. Nun schraubte der Betrunkene die Lampe auf, begoß die Schlafende daraus mit Petroleum und zündete ihr dann die Kleider an. Als die Kinder, die auf ihre Hilferufe aus ihrer Schlafkammer kamen, das Feuer mit Decken erstickten, war die Aermste schon schwer verbrannt.

— **Der siegreiche Aeroplan.** Der frühere Radfahrer und Automobilist Henry Farman hat seit dem Hochsommer vorigen Jahres sich als der erfolgreichste Flugtechniker erwiesen. Jetzt ist es ihm auch glücklich gelungen, den Deutsch-Archdeaconpreis in Höhe von 40 000 M. zu gewinnen. Farman legte ungehindert mit seiner Flugmaschine in einer geschlossenen Kurve einen Kilometer zurück. Die Zeit betrug 1 Minute 28 Sekunden. An dem Siege Farmans bestanden nach den letzten Leistungen dieses französischen Flugtechnikers kaum noch Zweifel. Erst Sonnabend gelang ihm eine glatte Kilometerkurve.

— **Wiener Gemeinderat** hat mit 108 gegen [illegible] Stimmen einen Antrag angenommen, der den Bürgermeister ermächtigt, dem Landtage einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher die Gemeinde [illegible] zur Aufnahme einer Anleihe von 360 Mill. Kronen für den Bau von Hochquellenleitungen, einer Straßenbahn, von elektrischen Werken, Brückenbau, zur Stadtregulierung und zu anderen kommunalen Zwecken berechtigt.

— **Eine Radium-Badeanstalt in Böhmen.** Die österreichische Regierung beschloß, wie aus Wien gemeldet wird, die Errichtung einer Radiumbadeanstalt in einer böhmischen Bergstadt am Erzgebirge. In Betracht kommt der Ort Joachimstal, in dessen Nähe das Radium gewonnen wird. Das dort vorhandene radiumhaltige Wasser soll zu Heilzwecken verwendet werden. Die Stadt Karlsbad und ein englisches Konsortium sollen sich zur pachtweisen Uebernahme des Betriebes dieser Badeanstalt erboten haben, den aber die Regierung in eigener Regie führen will.

— **Der Gerettete von Courrieres.** Von einem tragischen Geschick ist einer der Geretteten von Courrieres, der 19 Tage unter der Erde geblieben war, betroffen worden. Es ist der Bergmann Guibbert, der nach jener furchtbaren Grubenkatastrophe vor zwei Jahren in der Fabrik von Wasmul bei Mons als Heizer angestellt worden war. Freitag wurde Guibbert von einer elektrischen Straßenbahn überfahren und so schwer verletzt, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Beide Beine mußten ihm abgenommen werden.

— **Beschlagnahmt** wurde von der Polizei in Breslau in einer Buchhandlung Moritz von Schinds Gemälde „Amor und Psyche" in guter Reproduktion, sowie eine Ansichtskarte aus Reznicecks Badeserie.

— **Eine Bombe** wurde Freitag im Vorplatz des Justizgebäudes von Lyon von einem Mann geworfen, der die Aufmerksamkeit auf sich lenken wollte, weil ihm angeblich nicht Gerechtigkeit widerfahren war. Der Mann wurde sofort verhaftet. Es wurde nur geringer Schaden angerichtet.

— **Die Strafkammer** in Celle verurteilte den Arbeiter Nacke, der am 22. Juni v. J. in der Kantine der Grube Wiechel bei Unterluesz eine Granate zur Explosion brachte, wodurch ein Arbeiter getötet und drei schwer verletzt wurden, wegen fahrlässiger Tötung zu 1 Jahr Gefängnis. Nacke selbst hat bei der Explosion beide Beine verloren.

— **Ein Flügelgebäude** der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt, in Osnabrück, in dem Frauen untergebracht waren, ist teilweise abgebrannt. Kranke sind nicht zu Schaden gekommen.

— **Die deutschfeindlichen Ausschreitungen** in Südtirol. Als Professor Maier im August v. J. mit deutschen Turnern einen Ausflug nach Calliano und Pergine in Welsch-Tirol unternahm, kam es bekanntlich zu wüsten Zusammenstößen, bei welchen die Deutschen von den Welschen gröblich beleidigt, geprügelt und mit Steinen bombardiert wurden. Die verwundeten und beleidigten Deutschen wandten sich an den Gerichtshof; die Verhandlung aber wurde seit einem halben Jahre von Tag zu Tag verschoben. Nunmehr ist sie für den 20. Januar d. J. angesetzt. Angeklagt sind 41 Italiener, und zwar wegen Vergehens der Aufreizung, wegen Körperverletzung, wegen falscher Zeugenaussage und Meineides und wegen boshafter Beschädigung fremden Eigentums. Die Angeklagten gehören zum großen Teile den besseren Ständen an, es befinden sich unter ihnen auch Vertreter des Adels. In Welsch-Tirol herrscht jetzt große Aufregung, man befürchtet, daß es am Verhandlungstage zu den gröbsten Ausschreitungen kommen könne. Die Advokatenkammer von Roveredo, wo die Verhandlung stattfinden soll, erließ eine Kundmachung, worin allen Angeklagten, die ihre Hilfe in Anspruch nehmen, unentgeltliche Vertretung zugesichert wird. Sämtliche Wirte von Roveredo beschlossen in ihren Gasthäusern den gegen die Angeklagten auftretenden Zeugen Speise und Trank zu verweigern. Die Gymnasiasten wollen Demonstrationen veranstalten. Das Militär wird am 20. Januar Bereitschaft haben.

— **Das Militärgericht** in Lodz verurteilte zwei Arbeiter, die am 23. Mai vorigen Jahres den Direktor der Poznanski-Werke, Ingenieur Rosenthal, ermordet hatten, zum Tode und einen dritten wegen Nichtanzeige der Schuldigen zu 15 Jahren Zwangsarbeit.

Standesamt Kamen.

Vom 15. bis 31. Dezember 1907.

Vermählte: Bergm. K. H. Rolff u. Ida Olga Woisky-Kamen.

Geboren: Ein Sohn den Nachbenannten: Fabrikarb. J. K. Teschner, Schachtmeister H. W. Fischer. Maschinenwärter K. H. Freese. Bahnwärter H. H. Bäumer, Bergm. K. Maidon. Bergm. M. Loschek, Bergm. H. Meißner. Schneidermeister C. Klügge, Tagesarb. W. Hölling. — Eine Tochter den Nachbenannten: Fördermaschinist M. Felske, Fabrikschuhmacher J. Hebgen. Bierverleger E. Jühe. Bergm. H. Obst. Bergm. M. Woisky. Bergm. A. Henkel. Eisendreher E. Fehst. Schlosser H. Adamietz.

Gestorben: Elfriede Thamm, 10 M. Elisabeth Drescher, 1 M. Ehefrau Elfriede Henning geb. Bethlehem, 30 J. Else Elfriede Auguste Schäckermann gen. Wienholt, 1 J. Tagesarb. K. Behrens, 49 J. J. C. Klügge, 2 Std.

Standesamt Pelkum.

Vom 1. bis 31. Dezember 1907.

Vermählte: Zimmermann K. Dammann u. Katharina Sterner, Pelkum. Bergm. F. Lewe u. Elfriede Budde, Heil u. Methler.

Geboren: Ein Sohn den Nachbenannten: Bergm. J. Hoffmann, Wiescherhöfen. Fabrikarb. A. Schmarse, Wiescherhöfen. Bergm. R. Krosta, Wiescherhöfen. Landwirt H. Gosewinkel, Wiescherhöfen. Bergm. K. Thomas, Rünthe. Bergm. F. Srzypczck, Wiescherhöfen. Bergm. J. März, Wiescherhöfen. Bergm. H. Schiller, Wiescherhöfen. Bauführer A. Salfeld, Herringen. Bergm. H. Hesse, Pelkum. Hauer N. Hoppa, Rünthe. — Eine Tochter den Nachbenannten: Kohlenhauer L. Maczkowiak, Rünthe. Bergm. T. Tschöke, Rünthe. Bergm. H. Hegemann, Overberge. Fabrikarb. A. Schmarse, Wiescherhöfen. Bergm. H. Borghardt, Overberge. Bäcker H. Kleiböhmer, Rünthe. Bergmann F. Birke, Overberge. Landwirt F. Milk, Herringen. Bergm. W. Holtmann, Heil. Bergmann F. Konzel, Wiescherhöfen. Fabrikarb. H. Schneider, Herringen. Drahtzieher K. Binkhoff, Wiescherhöfen. Bergm. K. Eickhoff, Overberge. Bergm. A. Schlink, Rünthe. Bergm. F. Blücher, Lerche. Bergm. H. Biermann, Overberge. Landwirt H. Fischer, Sandbochum. Bergm. H. Pflug, Wiescherhöfen.

Gestorben: Luise Meermann, Herringen, 1 M. J. Kaczmarek, Rünthe, 5 J. H. Schiller, Wiescherhöfen, 15 J. A. Milewski, Rünthe, 3 M. Alwine Kramer, Overberge, 2 J. W. Neumann, Overberge, 2 M. 18 T. Marta Domnik, Rünthe, 4 J. Witwe Friederike Heermann, geb. Neuschröer, Herringen, 59 J. Ehefrau Henriette Bräuer geb Spiegelberg, Lerche, 66 J.

Reichstag.

Am Dienstag trat das Haus in die Besprechung der Interpellation Kanitz betreffend den Bankdiskont ein.

Abg. **Graf von Kanitz** (Kons.)

begründet die Interpellation. Der Termin für die Beantwortung der Interpellation scheine recht vorsorglich gewählt, da gestern der Diskont herabgesetzt wurde; (Heiterkeit), deshalb sei die Interpellation doch noch nicht gegenstandslos geworden. Die Lage des Geldmarktes sei immer noch sehr gespannt, da 6½ Prozent ein Diskont sei, der den Durchschnitt der früheren Jahre weit übertreffe. Der gegenwärtigen Misere hafte ein internationaler Charakter an. Hand in Hand hiermit gingen die Anzeichen des industriellen Rückschlages. Der einzige Industriezweig, der anscheinend in einer günstigeren Position sich befinde, dürften die Kohlenbergwerke sein. Eine so schwere Krisis wie im Oktober und November sei von niemand vorauszusehen gewesen. Der Anstoß sei von Amerika ausgegangen. Vielleicht sei die Krisis durch die Drohung Roosevelts eingetreten, gegen die Trusts vorgehen zu wollen. Aus Deutschland seien im November 567 Doppelzentner Gold im Werte von 158 Millionen nach England resp. direkt nach Amerika exportiert. Der Reichsbank sei in der ersten Novemberwoche 31½ Millionen Gold entnommen worden. Dadurch sei der hohe Diskont bedingt. Die heutige Krisis sei nur ein Kampf ums Geld, daher sollte man der Reichsbank die gesetzliche Befugnis erteilen, ihre Zahlungen in größerem Umfange als bisher in Silber zu machen. (Zustimmung rechts.) Redner schließt: Wir dürfen nicht zulassen, daß das ganze Land in Mitleidenschaft gezogen wird. Ziehen wir um unseren Goldschatz eine silberne Mauer, die ist besser als eine Papierwand. (Sehr gut!) Mit halber Arbeit, halben Maßregeln ist nichts geholfen. (Lebhaftes Bravo! rechts, Lachen links.)

Staatssekretär **Dr. von Bethmann-Hollweg**

erklärt, der Aufschwung in der Industrie und dem Handel konnte nicht ohne Einfluß auf den Geldmarkt sein, der lebhaftere Güteraustausch zeitigte eine lebhaftere Nachfrage nach Geld. Wenn der deutsche Volkskörper den von außen und innen herandrängenden Strömungen gegenüber fest Stand gehalten habe, so hätten zweifellos die Grundlagen des Münz- und Banksystems wesentlich dazu beigetragen. Das Festhalten an den Grundpfeilern der Münz- und Bankverfassung hindere aber nicht, in eine Erörterung darüber einzutreten, ob bei der vollen Aufrechterhaltung der Goldwährung etwa nach der einen oder der anderen Richtung bessere Maßnahmen ergriffen werden können. Hierzu soll die für die nächsten Monate in Aussicht genommene Vernehmung von Sachverständigen Gelegenheit bieten. Die Novelle zum Münzgesetz, die dem Bundesrat demnächst zugehe, werde hoffentlich die Ermächtigung zu einer dem gesteigerten Bedürfnis und der Zunahme der Bevölkerung nachkommenden Vermehrung von Silbermünzen enthalten. (Bravo!) Daß die Erhöhung des Betrages, zu dem Silbermünzen anzunehmen seien, mit der Goldwährung sehr wohl vereinbar sei, zeige das Beispiel der benachbarten Goldwährungsländer. Die Verabschiedung des dem Reichstage bereits zugegangenen Scheckgesetzes werde Gelegenheit geben, dem Ankauf inländischer Schecks durch die Reichsbank näher zu treten, aber auch für die Besprechung allgemeiner Fragen, wie Förderung des Goldbezuges aus dem Auslande, der Verstärkung des Goldschatzes der Reichsbank aus dem inländischen Verkehr werde die Enquete Raum bieten. Ferner werde die Frage der Begebung der Schatzanweisungen durch das Reich in Verbindung mit der Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse, und endlich die Fragen des Depositenwesens Gegenstand der Erörterung sein können.

Auf Antrag des Abg. v. Norman (Kons.) findet die Besprechung der Interpellation statt.

Abg. **Weber** (Natl.)

legt dar, die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands ließen sich mit denen Frankreichs nicht vergleichen. Die Franzosen seien viel mehr gewöhnt mit Banknoten und Schecks umzugehen, als die Deutschen. Dieser Umstand lasse es erklärlich erscheinen, daß bei der Bank von Frankreich ein größerer Metallbefund sich vorfinde, als bei uns. Er sei prinzipieller Gegner der Vermehrung der Silbermünzen. Sehr wohl möglich sei es, den Giroverkehr für kleinere Konten einzurichten und den Abrechnungsverkehr durch die Reichsbank zu besorgen. Der Tiefstand der Reichs- und Staatsanleihen stehe nicht im Verhältnis zu dem Kredit, den Deutschland im Auslande genieße. Redner hofft auf Maßnahmen, die wirksam verhindern werden, daß künftig ein so hoher Bankſatz, wie 7½ Prozent, auftrete (Beifall links.)

Reichsbankpräsident **Havenstein**

teilt nicht die Meinung, daß die einfache Erhöhung der Umlaufsmittel ohne weiteres zu einem niedrigen Diskontsatz führe. Im wesentlichen sei der Bankdiskont vielmehr das Ergebnis der Volkswirtschaft. Man könne in allen Kulturländern beobachten, daß der Diskont mit dem Steigen und Fallen der Konjunktur konsequent und parallel steige und falle. Deutschland sei eines derjenigen Länder, die in der allerlebendigsten wirtschaftlichen Aufbesserung begriffen seien, dazu komme die fortgesetzte Steigerung der Bevölkerung. Unter solchen Umständen hätte der Zinsfuß rettungslos fortgesetzt steigen müssen. Trotz der ungünstigen Diskontverhältnisse müsse man das wirtschaftliche Leben im großen und ganzen als günstig betrachten. Die Industrie entwickle sich in gesunden Bahnen, auch die Landwirtschaft sei erstarkt. Nicht die Tätigkeit der Reichsbank allein, sondern das Zusammenwirken aller Kreise der Bevölkerung könne bessere Diskontverhältnisse herbeiführen. Notwendig sei, Maßhalten und Sparsamkeit auf allen Gebieten. Der Goldabfluß sei durch die Verhältnisse in Amerika in der Hauptsache bedingt. Ob solcher amerikanischer Ansturm sich wiederholen werde, sei doch zweifelhaft.

Abg. **Kämpf** (Freis. Vpt.)

führt aus, es sei eine Wiederaufnahme des Bimetallismus, wenn der Abg. Graf Kanitz verlange, daß jedermann verpflichtet werde, bis tausend Mark in Silber in Zahlung zu nehmen. Auch in Ländern mit Silberwährung könne eine Krise ausbrechen wie bei uns. Wenn man nicht der ganzen Volkswirtschaft schaden solle, dürfe Deutschland, das seine Schulden in Gold bezahlen müsse, an den Goldkredit nicht rütteln lassen. Bevor nicht erhebliche Ersparnisse an Heer und Marine gemacht werden, könnten wir nicht zu einer vernünftigen Finanzpolitik gelangen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Zu einer vernünftigen Finanzpolitik könnten wir nur kommen, wenn wir eine andere Wirtschaftspolitik einschlagen. Durch den Zolltarif, und namentlich durch die Erhöhung der Getreidezölle, sei die Lebenshaltung wesentlich erschwert worden.

Abg. **Freiherr von Gamp** (Rpt.)

meint, daß von dem Freihandel eine Gesundung der deutschen Finanzen nicht zu erwarten sei, zeige England. Er habe den Eindruck, daß die Regierungen und die Partei Kämpfs die wirtschaftliche Kalamität infolge des hohen Diskonts erheblich unterschätzten. Die großen Banken würden ja aus der Diskonterhöhung einen Vorteil ziehen, aber die Kleinindustriellen würden durch den hohen Diskont schärfstens geschädigt. Der Geldmarkt müsse von den Schatzanweisungen des Reiches entlastet werden; es sei ein Skandal, wie diese auf den Markt drückten. Wir können uns den Vorwurf nicht ersparen, daß wir in den letzten Dezennien geradezu liederlich mit den Reichsfinanzen umgegangen sind. Unsere Industrie sei so außerordentlich vorsichtig, und habe so solide gewirtschaftet, daß ihr ein Vorwurf aus der jetzigen Kalamität nicht gemacht werden dürfe.

Hierauf wird die Weiterberatung vertagt.

Abgeordnetenhaus.

Bei der fortgesetzten Etatsberatung führte in der Dienstag-Sitzung

Abg. **Herold** (Ztr.)

aus: Das Finanzwesen werde in erster Linie beeinflußt durch die Ergebnisse der Eisenbahnverwaltung. Ein großes Befremden habe die Mehrausgabe im Jahre 1907 hervorgerufen, obwohl wir schon 1906 große Mehrausgaben hatten, jetzt aber fehlten die Mehreinnahmen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Eisenbahnen eine angemessene Verzinsung ergeben. Den neuen Steuern würde das Zentrum nicht zustimmen; die erforderlichen 40 Millionen ließen sich ja auch durch die Erhöhung der Anleihe aufbringen. Man wisse ja auch gar nicht, wie sich die Finanzreform im Reiche gestalten werde. Das Zentrum wisse das am allerwenigsten, da es nicht zum Block gehöre. Zu empfehlen sei vielleicht die Erhebung der Matrikularbeiträge nach der Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten, statt nach der Kopfzahl der Bevölkerung. Die direkten Steuern müßten den Einzelstaaten verbleiben. Gegen die Aufnahme einer Anleihe zur Erschließung der Bergwerke im Rheinlande und Westfalen sei nichts einzuwenden. Mit Rücksicht auf die Preistendenz des Kohlensyndikats könne man erwägen, ob man nicht zu einem Kohlenausfuhrverbot übergehen solle. Erwünscht sei die baldige Vorlegung eines Gesetzes über die Syndikate. Bei der Landwirtschaft sei wieder mehr Hoffnung eingezogen. So seien die Pachten verhältnismäßig hoch, schwer laste auf der Landwirtschaft die Arbeiternot. Hier müsse etwas geschehen, denn die Volkskraft beruhe immer noch hauptsächlich auf den Quellen des platten Landes. Die Mahnung des Finanzministers zur Sparsamkeit war dem ganzen Hause sympathisch, doch werden die Gemeinden zu großen Ausgaben gedrängt. Der Staat solle auch zur Vereinfachung der Lebenshaltung der einzelnen Volksschichten hinwirken und nicht nur reiche Leute in hohe Stellen bringen, damit sie die Kosten der Repräsentation tragen könnten. Auch könne viel gespart werden durch Vereinfachung der Verwaltung. Gegenüber dem Kultusminister blieben seine Freunde dabei, daß die geistliche Aufsicht auch bei der Kreisschulinspektion beizubehalten sei. Durch die Erklärung des Ministerpräsidenten über die Wahlrechtsänderung sei das Zentrum aufs äußerste enttäuscht. Bülows ganze Politik sei von parteipolitischen Bestrebungen diktiert. Ob die Blockpolitik auch auf Preußen ausgedehnt werden solle, darüber scheinen die Blockgelehrten sich noch nicht einig zu sein. Der Blockvater habe den Block ermahnt, einig zu sein und sich das Zentrum zum Vorbild zu nehmen, das heißt doch: Treibt Zentrumspolitik. Das Zentrum werde auf dem alten bewährten Wege fortschreiten, es bleibe der feste sichere Punkt unserer Politik, halte an der christlichen konfessionellen Volksschule fest und werde getreu der Mahnung des Kaisers in Münster in friedlichem Einvernehmen mit den anderen Konfessionen am Wohle des Vaterlandes arbeiten. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Wiemer** (Fr. Vp.):

Auf den Rückgang unseres Wirtschaftslebens habe die Zollpolitik einen wesentlichen Einfluß gehabt. Die Mahnung zur Sparsamkeit sei sehr schön, müsse aber an die Regierung selbst gerichtet werden. Die ganze Etatsaufstellung müsse geändert werden, das Extraordinarium, als der Baufonds, müsse auf die Anleihen verwiesen werden. Die Notwendigkeit einer Einkommensteuererhöhung sei nicht nachgewiesen Das Fiasko der Fahrkartensteuer sei unanfechtbar, die Steuer müsse aufgehoben werden, ehe man ein Flickwerk im Reiche mache, solle man lieber die Reform vertagen. Seine Partei sei nur für direkte Steuern. Zum Moltke-Harden-Prozeß wolle er nur sein Erstaunen darüber ausdrücken, daß durch das Eingreifen der Staatsanwaltschaft das Schöffengerichtsurteil einfach annulliert wurde, das müsse durch die Strafprozeßreform unmöglich gemacht werden. Bei der Reform der Verwaltung müsse die Selbstverwaltung gefördert und mit der Vielregiererei aufgeräumt werden. Die Blockpolitik hätten die Freisinnigen zu unterstützen beschlossen, um Fortschritte in liberaler Richtung zu erzielen. Die Regierungserklärung zur Wahlrechtsfrage sei absolut unbefriedigend. Die freisinnigen Fraktionen des Landtages hätten einmütig diese Erklärung für unzureichend erklärt und die freisinnige Fraktionsgemeinschaft des Reichstages habe sich dem angeschlossen. Wegen des großen Einflusses Preußens sei die Wahlrechtsreform nicht nur eine preußische, sondern eine deutsche Angelegenheit. (Widerspruch.) Besonders mißfalle an der Erklärung Bülows die Form, die der Brüskierung der liberalen Partei gleichkomme. Die Freisinnigen würden unablässig daran arbeiten, die Wahlrechtszwingburg zu brechen. (Beifall links. Heiterkeit rechts.)

Finanzminister **von Rheinbaben**

weist darauf hin, daß die Wahlrechtsreform eine preußische Angelegenheit sei. Die Vorwürfe gegen die Schutzzollpolitik seien nicht berechtigt. Wo wäre Deutschland ohne die Schutzzollpolitik Bismarcks geblieben. Daß die Regierung auf eine erhöhte Repräsentation dränge, sei ihm nicht bekannt. Seine Mahnung zur Einschränkung der Repräsentationskosten habe sich auch auf die hohen Beamten bezogen. Unrichtig sei, daß Deutschland zu hoch mit indirekten Steuern belastet wäre. Die Freisinnigen möchten soweit entgegenkommen, daß sie sich der viel stärkeren Heranziehung entbehrlicher Genußmittel, wie Tabak, nicht mehr widersetzen. Der Minister weist sodann die Behauptung, daß der Wechsel im Berliner Polizeipräsidium mit dem Moltke-Hardenprozeß in Beziehung stehe, zurück und nimmt den Herrn Studt gegen einige Angriffe des Vorredners in Schutz. Studt habe sich mit allen Kräften seinem Amte gewidmet.

Justizminister Beseler lehnte es ab, auf die Ausführungen Wiemers bezügl. des Moltke-Hardenprozesses zu antworten, da die Revision beim Reichsgericht schwebe. Bei der Reform des amtsgerichtlichen Verfahrens würden hoffentlich auch die beim Anwaltstag geäußerten Wünsche berücksichtigt werden. — Abg. Stychel (Pole) bekämpft die geplante Ausnahmegesetzgebung gegen die Polen. Das, was man als Begründung anführe, sei nur ein Vorwand.

Der Militäretat in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstags begann am Dienstag mit der Beratung des Militäretats. Die Ausgaben weisen gegen das Vorjahr eine erhebliche Steigerung auf. Bei dem Gehalt des Kriegsministers rügte Abg. Müller-Fulda (Ztr.), daß gegen einen Offizier des Beurlaubtenstandes vom Bezirkskommando vorgegangen worden ist, der einen Zentrumswahlaufruf unterschrieben hatte. Der Bezirkskommandeur stützte sich dabei auf eine kaiserliche Kabinettsorder vom Jahre 1896, die den Reserveoffizieren zur Pflicht macht, sich von öffentlichen Kundgebungen möglichst fern zu halten. Der Kriegsminister v. Einem mißbilligte das Vorgehen dieses Bezirkskommandeurs nachdrücklich, bestätigte aber, daß eine solche Kabinettsorder erlassen worden sei. Sie werde aber durch andere Kabinettsorders, die den Reserveoffizieren vollste Freiheit in der politischen Betätigung geben, vollständig ausgeglichen. — Abg. Erzberger (Ztr.) beklagte sich über die Drangsalierungen, denen manche Kriegervereine ausgesetzt seien. Auch hierüber sprach der Kriegsminister seine Mißbilligung aus. — Abg. Dr. Südekum (Soz.) kritisierte ein Buch, das in Altenburg den Soldaten in die Hand gegeben worden sei und in dem sich Beschimpfungen der Sozialdemokratie befänden. — Abg. Roske (Soz.) betonte, daß die Militär-Verwaltung überall, wo sie könne, oppositionelle Gesinnung verfolge. Von dieser Unduldsamkeit bekomme jetzt auch das Zentrum ein wenig zu spüren. — Die weitere Debatte drehte sich um Anträge des Zentrums und der Sozialdemokraten auf Herabsetzung der Dienstzeit. Unter Zustimmung des Kriegsministers von Einem wurde ein Antrag des Zentrums, der die Vorlegung einer Denkschrift über die Möglichkeit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit auch für die reitenden Truppen fordert, einstimmig angenommen. Abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung der einjährigen Dienstzeit für alle Truppen.

Deutschland.

— **(Botschafterwechsel in Berlin.)** Im Laufe dieses Jahres wird sich auf mehreren Botschafterposten am Berliner Hofe ein Wechsel in der Person des beglaubigten Botschafters vollziehen. Nachdem schon vor einigen Wochen der Botschafter der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Charlemagne Tower, seinen Abschied eingereicht hat und der Vertreter Englands, Sir Francis C. Lascelles, vor kurzer Zeit seine Absicht zurückzutreten bekannt gegeben hat, wird, wie wir hören, nun auch der russische Botschafter, Graf v. d. Osten-Sacken, um Enthebung von seinem hiesigen Posten bitten. Als Grund hierfür ist der vor einigen Tagen erfolgte Tod der Gemahlin des Botschafters anzusehen.

— **(Der Scheckgesetz-Entwurf.)** Der jetzt dem Reichstage zugegangene Entwurf eines Scheckgesetzes entspricht in seiner Grundlage dem vorläufigen Entwurf, der im Juli v. J. veröffentlicht wurde, um den interessierten Kreisen Gelegenheit zur Beurteilung zu geben. Doch sind in Einzelheiten Aenderungen an dem ersten Wortlaut vorgenommen worden; wir heben als bedeutsame die folgenden hervor:

In der am meisten diskutierten Frage der Vorlegungsfrist des Schecks hat der neue Entwurf denjenigen Wünschen nachgegeben, die eine Verlängerung der Umlaufszeit wünschten: die Frist soll nicht nur sieben, sondern zehn Tage nach der Ausstellung betragen; für im Ausland ausgestellte Schecks auf das Inland soll der Bundesrat die Vorlegungsfrist bestimmen. Die im § 11 des alten Entwurfs festgesetzte Haftung des Bezogenen für Zahlung des Scheckbetrages findet sich im neuen Entwurf nicht mehr. Ferner soll die Angabe des Zahlungsempfängers nicht mehr zu den notwendigen Erfordernissen des Schecks gehören; fehlt sie, so gilt der Scheck als Inhaberscheck. Das Indossament an den Bezogenen, das nach dem ersten Entwurf ungültig sein sollte, wird jetzt, den Bedürfnissen der Praxis entsprechend, als Quittung gelten gelassen. Neu zugelassen ist für Auslandsschecks die Ausstellung in mehreren Ausfertigungen.

— **Die Tabaksteuervorlage,** die dem Bundesrat zugegangen ist, sieht, wie die „Südd. Tabak-Ztg." erfährt, nicht allein eine Banderole für Zigarren, sondern auch eine solche für Rauch-, Kau- und Schnupftabak vor. Wie die „Freis. Ztg." noch erfährt, ist man sich in Regierungskreisen über das Projekt der Zigarren-Banderolensteuer bereits so einig, daß man schon die Einzelheiten des Tarifs festgesetzt hat. Am 4. Januar hat bekanntlich eine Konferenz des badischen Finanzministeriums mit 14 Tabakindustriellen Badens stattgefunden, in der die Sätze der Banderolensteuer besprochen wurden. Es besteht die Absicht, die Zigarren bis zu 7 Pfg. im Einzelverkauf mit einer Banderolensteuer von 5 Mark pro Tausend, die 8Pfg.-Zigarre mit einer solchen von 7½ Mark, die 10 Pfg.-Zigarre mit 10 Mark zu belegen. Die Steuer soll dann weiter aufwärts gehen bis zu 20 Mark. Um den Zigarrenfabrikanten den Einwand zu nehmen, daß nunmehr die von der Regierung selbst vor zwei Jahren als wünschenswert bezeichnete disparitätische Behandlung der Zigarre und der Zigarette wieder aufgehoben würde, will man auch die Banderolensteuer für die Zigarette noch erhöhen, so daß die gegenwärtige Differenz durch das Hinaufschrauben beider Steuern wiederhergestellt wird.

— **(Eine Ostsee-Entente.)** Nordische Blätter veröffentlichen allerlei geheimnisvolle Andeutungen über Verhandlungen, die angeblich zwischen England, Frankreich und Rußland schweben, um den Statusquo in der Ostsee zu garantieren, obgleich niemand zu sagen weiß, von wem dieser Statuts bedroht sein soll. Das Schwedische Telegraphenbureau ist in der Lage, mitteilen zu können, daß die vorbereitenden Besprechungen „keineswegs darauf abzielen, den Grundsatz zu verletzen, daß die Ostsee ein offenes Meer sei." In Kopenhagen scheint man einige Besorgnisse zu hegen. Dänische Blätter plädieren für ein Zusammengehen ihrer Regierung mit der schwedischen und erklären, Dänemark werde selbstverständlich in dieser Sache sich nicht mit einzelnen Mächten in Uebereinkommen einlassen, es sei denn, daß diese Uebereinkommen von allen Großmächten gutgeheißen würden, welche an der Ostseefrage interessiert seien. Denn das gleichmäßige Rücksichtnehmen auf alle beteiligten Mächte sei gerade das tragende Motiv für das Wesen einer derartigen Statusquo-Entente.

Sehr richtig. Und da fragt sichs nun: wo bleibt Deutschland bei diesen Abmachungen? Deutschland, das doch an der Ostsee am allermeisten interessiert ist? Man wird erwarten dürfen, daß die Angelegenheit schleunigst geklärt wird. Sonderabmachungen anderer Staaten über die Ostsee müßte Deutschland unter allen Umständen als eine schwere Beeinträchtigung seiner Rechte ansehen. Steckt da wieder ein englisches Diplomatenspiel dahinter?

— **An die Witwe** des Professors Hasse ist von der nationalliberalen Reichstagsfraktion folgende Beileidskundgebung gerichtet worden:

Beim Hinscheiden Ihres hochverehrten Herrn Gemahls spricht Ihnen die nationalliberale Reichstagsfraktion die aufrichtigste und herzlichste Teilnahme aus. Sie wird ihrem langjährigen früheren Mitgliede, dem entschlossenen Kämpfer für des Reiches Größe und Einheit ein dankbares Gedächtnis bewahren. Bassermann. Graf Oriola.

— **Der Antrag** des sächsischen Flottenverbandes auf Vertagung der Kasseler Hauptversammlung, um Zeit zu Vermittlungsversuchen zu gewinnen, ist vom Berliner Präsidium als verspätet abgelehnt worden.

Aus aller Welt.

— **Wilhelm Buschs Beerdigung** fand in Mechtshausen in einfacher Weise statt, wie es der heimgegangene Malerpoet noch kurz vor seinem Tode gewünscht hatte. Von nah und fern waren prächtige Kranzspenden eingetroffen, unter denen der Sarg fast verschwand. Der Kaiser hatte als seinen Vertreter den Regierungspräsidenten Fromme in Hildesheim entsandt, der einen herrlichen Kranz überbrachte. Ferner waren Delegierte der Berliner Sezession, des Frankfurter Künstlervereins, der Münchener „Jugend" anwesend, auch der Verleger Buschs, Fr. Bassermann aus München, war erschienen. Der Kranz der „Jugend" trug folgenden Vers auf der Schleife:

Du hast der Welt nur Glück gebracht,
Und niemals wird sie einen,
Dem sie so froh wie dir gelacht,
So heiß wie dich beweinen!"

Dem Sarge folgten Verwandte des Entschlafenen und zahlreiche Einwohner des Ortes auf den Friedhof, wo der Neffe Buschs, Pfarrer Nöldeke, die Leiche einsegnete.

— **Die Mordwaffe des Hauptmann v. Goebens.** Wie aus Allenstein gemeldet wird, soll die Waffe, mit der Major v. Schönebeck getötet worden, in der Alle aufgefunden worden sein. Es ist eine Parabellumpistole mit langem Lauf und sechs Schüssen. Von den amtlichen Stellen wird über den Fund strenges Stillschweigen beobachtet.

— **Graf Erasmus** zu Erbach-Erbach, der sich durch seinen jäh zerstörten Eheroman, den er mit einer schönen Wäscherin durchlebte, bekannt gemacht hat, ist Student geworden. Er ließ sich als Hörer der juristischen und philosophischen Fakultät an der Würzburger Universität inskribieren. — Der junge Graf wurde, wie erinnerlich, nach seiner „Eheirrung" als angeblich geistig nicht gesund einer Nervenanstalt übergeben, ist aber von dort nach Würzburg entflohen.